Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 51. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 31. Januar 1877.**

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 30. Januar).

11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Camphausen und zahlreiche Commissarien.

Es sind mehrere Wahlproteste eingegangen, die den Abtheilungen, welchen die betreffenden Wahlen zur Prüfung überwiesen worden sind, zur weiteren Veranlassung überwiesen werden.

Ohne Debatte genehmigt das Haus definitiv in dritter Berathung den Gesetzentwurf, betr. die Umzugskosten der Staatsbeamten in der Fassung, daß die Beamten der 4. und 5. Rangklasse zusammengelegt werden und daß auch den auf ihren Antrag versetzten Beamten die gesetzliche Umzugsvergütung gewährt werden soll.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushaltsetats für die Zeit vom 1. April 1877 bis 31. März 1878.

Zu Cap. 1 der Einnahmen des Etats der Domänenverwaltung (aus dem Bernsteinregal: 400,000 M.) klagt Abg. Quadt über die große Härte, mit welcher die Regierung bei Ausübung des Bernsteinregals in Ostpreußen verfahre. Seit 1867 verlange der Staat, daß alle diejenigen Grundbesitzer, welche eine Bernsteingräberei errichten wollen, ein bestimmtes Terrain ihrer Gräbereien an den Fiscus ganz und gar abtreten; dieses abgetretene Terrain verpachte sodann der Staat an den Meistbietenden und zahle dem Eigenthümer nur 20 pCt. des Pachtertrages als Entschädigung, während er 80 pCt. für sich behalte. Redner behält sich einen Antrag wegen Aufhebung des Bernsteinregals bei Gelegenheit der Berathung über die Petitionen vor, welche auf diesen Gegenstand Bezug haben und in großer Zahl an das Haus gerichtet sind.

Regierungs-Commissar Geheime Rath Dreßler erklärt, daß das gerügte Verfahren durch das Gesetz vom 22. Februar 1867 begründet sei, und daß es mithin zu einer Abänderung desselben eines neuen Gesetzes bedürfe.

Abg. Schmidt (Stettin) kann der augenblicklichen Finanzlage gegenüber der Aufhebung des Bernsteinregals nicht zustimmen; zumal der Ertrag des Regals in fortwährendem Steigen begriffen sei. Bei Ausfall desselben würde der Ertrag nicht den Provinzialfonds, auch nicht den Kreisen, sondern auf Kosten der Staatskasse, deren Einnahmeausfall ja anderweii gedeckt werden müßte, allein den betreffenden Gutsbesitzern zu Gute kommen.

Die Positionen dieses Etats werden bewilligt.

Es folgt der Etat der Forstverwaltung.

Zu Cap. 1 der Einnahmen („Für Holz 49,000,000 Mark") bittet Abg. Bork (Biedenkopf) die Regierung, bezüglich der Maßregel gegen die Waldgemeinden des Kreises Biedenkopf, durch welche denselben das bisher gestattete Recht des Einsammelns von Brennholz entzogen wird, Remedur eintreten zu lassen. Die Gemeinden seien arm und auf die Aushilfe des Waldes für Brennholz und Streu vielfach angewiesen.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 18 der Ausgaben („Zur Forstcultur und Verbesserung der Forstgrundstücke 3,670,200 Mark") bemerkt:

Abg. Franssen: Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir nur an solchen Fragen Antheil nehmen, welche den Culturkampf betreffen. Ich widerlege diesen Vorwurf dadurch, daß ich heute über einen Uebelstand spreche, der in der Rheinprovinz allgemein als eine Landes-Calamität empfunden wird, es ist das die übermäßige Vermehrung der Wildschweine. (Rufe links: Schwarzwild!) Nein, m. H., das Schwarzwild, welches Sie meinen, das wird vermindert, dafür haben Sie ja gesorgt. (Heiterkeit.) Die Sache ist hier bereits vielfach zur Sprache gekommen, die Calamität aber von Jahr zu Jahr nur größer geworden und hat jetzt Dimensionen erreicht, von deren Umfang Sie schwerlich einen Begriff haben können. In einer Petition, die an der Oberahr circulirt, heißt es: diese Bestien richten in der ganzen Gegend wirklich schauerliche Verwüstungen an Feldern, Wiesen und Weinbergen an. In ganzen Heerden brechen sie Nachts aus den großen Wäldern des Grafen Metternich in Vischel bei Altenahr hervor, dringen durch die ganze Gegend bis an die Ufer der Ahr, Alles vor sich zerstörend und verwüstend. Wird hier nicht bald eingeschritten, so können die nächstbetheiligten Ortschaften sich in der That nicht mehr ernähren, zumal die Bewohner alle arm und unbemittelt sind und der Boden ohnehin nicht viel trägt. Es mag ja für große Jagdliebhaber ergötzlich sein, solch Wild in großer Zahl für die Jagd zu hegen, aber dem armen Landmann, der sich und seine Kinder von den Kartoffeln und Trauben, die er im Schweiße seines Angesichts dem Boden abgewinnt, ernähren muß, ist es doch ganz anders zu Muthe, wenn er solche Verwüstungen ansehen muß. So sieht es fast in allen Waldgemeinden am Rheine aus, und ich sollte meinen, es ist die zwingende Pflicht des Staates und der Regierung, endlich einmal auf die lauten Klagen der Bewohner zu hören und energisch Abhilfe zu schaffen. Noch eine zweite Calamität muß ich dem Hause vorführen. Bekanntlich sind in der Rheinprovinz, nachdem die früher dort bestandenen Eichen- und Buchenwaldungen durch den Holzbedarf der so rapide gestiegenen Industrie entforstet worden waren, von Seiten der Regierung fast nur Nadelholzwaldungen neu angeforstet worden.

Durch diese Verminderung der Eichenwaldungen ist nun ein außerordentlich empfindlicher Mangel von Eichenlohe entstanden und unsere zahlreichen Gerbereien am Rhein und seinen Nebenflüssen sind dadurch gezwungen, sich zur Beschaffung dieses ihnen unentbehrlichen Materials an das Ausland zu wenden. So sind innerhalb 10 Jahren, bis zum Jahre 1874, 5,195,772 Centner Lohe nach Deutschland importirt worden, wofür unsere Gerber 8 Mark pro Centner, also ca. 42,000,000 Mark an das Ausland zu bezahlen hatten. Diese 42,000,000 Mark wären im Lande geblieben, wenn wir für Eichenschälwaldungen mehr Sorge getragen hätten. Eine Folge der dadurch entstandenen Vertheuerung des Leders ist, daß Deutschland aus Amerika mit einem Leder überfluthet wird, welches lange nicht die Güte unseres einheimischen hat. Bis zum Jahre 1874 betrug die Ausfuhr dieses Leders, welches zum allergrößten Theil nach Deutschland importirt wurde, 4,843,741 Dollars. Frankreich hat durch seine Schutzzölle sich dieses Leder vom Halse gehalten; wir aber müssen bei unserer Zollfreiheit resp. bei unseren niederen Eingangszöllen das schlechte Schuhzeug dieser Importe benutzen. Bekanntlich werden in der Armee alle Bedürfnisse durch öffentliche Vergantungen beschafft; wer am billigsten liefert, bekommt die Lieferung. Wie leicht ist es da möglich, daß die Armee auf solche Weise mit schlechtem Leder versorgt wird; ja die Marschfähigkeit der Armee kann sogar dadurch in Frage gestellt werden. Sie sehen, wenn ich als Ultramontaner die Regierung auf solche Sachen hinweise, daß wir noch nicht die schlechtesten Reichsfeinde sind. (Heiterkeit.) Ich denke, die Regierung könnte diesem Uebelstande dadurch abhelfen, daß sie mehr, wie bisher, in ihren eigenen Forsten Schälwaldungen anlegt, sodann aber wird sie zu erwägen haben, ob nicht endlich den zahlreichen Petitionen, die in Betreff der Verschiedenheit unserer Lederzölle von denen des Auslandes an das Haus gelangt sind, Berücksichtigung gewährt werden soll. (Beifall.)

Abg. Bernhardt: Ich kann mich in vielen Beziehungen den Ausführungen des Vorredners anschließen. Die Landescalamität in Bezug auf das Schwarzwild ist unbestreitbar vorhanden. Ein Radicalmittel gegen diese Calamität giebt es aber nicht. Der Erfolg aller bisherigen Versuche hat eine kaum nennenswerthe Wirkung gehabt. Das relativ wirksamste aller Mittel bleibt immer das Abschießen des Wildes auf großen Polizeijagden unter Heranziehung aller an dem Schaden Betheiligten. Um dieses Mittel aber anzuwenden, muß der Regierung durch ein Gesetz die Befugniß gewährt werden, solche Jagden überall, wann und wo es ihr nothwendig erscheint, abzuhalten und die Bewohner der Ortschaften zur Mithilfe und Betheiligung zu zwingen. An der Forstverwaltung liegt die Schuld nicht, sie thut Alles, was sie mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln vermag. Was die zweite Calamität anbetrifft, so produciren wir in Deutschland auf einer Fläche von etwa 450,000 Hectaren nicht viel mehr als etwa 2½ Millionen Centner Gerberrinde, während der Verbrauch der Gerbereien 8 bis 8½ Millionen Centner beträgt; es bleibt also ein außerordentlich großes Manco, das allerdings zu einem Theil durch Loh-Surrogate ersetzt wird, im Uebrigen aber durch Import aus dem Auslande gedeckt werden muß. Es ist diese ganze Angelegenheit weitläufig am 12. und 13. December v. J. hier in Berlin in einem Congreß der Leder-Interessenten verhandelt worden. Ich habe auf demselben den Interessenten gerathen, selbstständig vorzugehen, Waldgenossenschaften zu bilden und auf angekauftem Terrain rationell bewirthschaftete Schälwaldungen anzulegen. Leider ist man darauf nicht eingegangen und hat den bequemeren Weg der Petitionen an den Landtag vorgezogen. Der Staat hat aber meines Erachtens nicht die Aufgabe, zu Gunsten eines Industriezweiges die Berücksichtigung der anderen, deren Gesammtpflege ihm obliegt, hintanzusetzen. Auf die Schutzzollfrage, die der Vorredner zuletzt berührte, will ich nicht eingehen, sie steht mit der uns hier beschäftigenden Frage der Pflege der Forstcultur in keiner Verbindung.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Meine heutige Schwarzwildrede wird sehr kurz sein. Seit 6 Jahren habe ich nun dem Hause und der Regierung Jahr für Jahr dieselben Klagen und Beschwerden vorgeführt. Geschehen ist aber bisher so gut wie nichts. Die Calamität ist in fortwährender Ausdehnung begriffen und erstreckt sich jetzt nicht mehr auf die Rheinprovinz allein. Ein großer Grundbesitzer aus der Mark Brandenburg hat mir erst neulich mitgetheilt, daß seine Pächter sich weigerten, die Pachtcontracte zu erneuern, weil sie den Schaden, den das Schwarzwild auf ihren Aeckern anrichte, nicht mehr zu tragen vermöchten. Es ist wirklich ein trauriges Zeichen für die Macht des preußischen Staates, wenn er nicht einmal im Stande ist, einer solchen Landescalamität irgend wie abzuhelfen. Warum erklärt man denn nicht durch gesetzliche Bestimmung das Schwarzwild für gemeinschädlich und giebt Jedermann das Recht, es abzuschießen? Man verweist uns auf die neue Jagdordnung, aber bis jetzt weiß Niemand, wann dieselbe vorgelegt werden wird. Der Nothstand ist dringend genug, um sofort mit energischen Maßregeln zur Abhilfe vorzugehen.

Finanzminister Camphausen: Die Debatte wird schon genügend gezeigt haben, daß sich die Regierung bemüht hat, nach Kräften Abhilfe zu schaffen. Ich habe in neuester Zeit speciell von allen Regierungen Berichte eingefordert und sollte sich aus denselben noch ein neues Mittel ergeben, so wird die Regierung es sofort in Anwendung bringen. Die Vorarbeiten für das neue Jagdgesetz sind soweit gefördert, daß dasselbe voraussichtlich in der nächsten Session wird vorgelegt werden können.

Abg. Bork beklagt sich ebenfalls über die Zunahme des Schwarzwildes in seiner Heimath und bittet die Regierung, mit Ernst in dieser Angelegenheit vorzugehen.

Abg. Graf Bethusy-Huc weist auf die Gefahr hin, welche in seiner Heimathprovinz Schlesien den Wäldern durch die in den letzten Jahren überhand nehmende Vermehrung der großen Kiefernraupe drohe.

Reg.-Comm. Oberforstmeister Ulrici erklärt, daß von Seiten der Staats-Regierung nach Möglichkeit energische Maßregeln zur Abwendung des Uebels ergriffen werden würden.

Der Forstetat wird in seinen einzelnen Capiteln unverändert genehmigt.

Zu diesem Etat liegt noch folgender Antrag des Grafen Matuschka vor: „Die Staatsregierung aufzufordern, das reitende Feldjägercorps nur in Kriegszeiten in der bisherigen Weise auch ferner zu verwenden, während der Friedenszeit aber die sonst zum Courierdienste einberufenen Mitglieder dieses Corps Seitens der Militärverwaltung mit Arbeiten zu Zwecken der Landesvermessung in Gegenden, wo sich größere Waldcomplexe befinden, angemessen zu beschäftigen.'

Abg. Graf Matuschka: Die Verbindung und das Verhältniß, in welchem das reitende Feldjägercorps zur Militär- und Forstverwaltung steht, ist schon seit langen Jahren der Gegenstand von Anträgen in diesem Hause gewesen. 1873 wollte man noch eine völlige Trennung dieser beiden Zweige; nachdem jedoch der Chef des Generalstabes selbst auf die Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit des Corps für den Krieg hingewiesen hat, haben wir uns darauf beschränkt, mit unserem Antrage eine Forderung für den Frieden zu stellen. Ausgesetzt sind im Etat Gelder für 3 Oberjäger und 34 Feldjäger, und hiervon werden 14 für Courierdienste verwendet, das heißt zu einem Zwecke, der ganz heterogen ihrer ursprünglichen Ausbildung ist. Durch eine solche Verwendung tritt eine große Schädigung für ihre eigentlichen Berufsstudien ein, die jetzt um so nöthiger sind, als die Forstwissenschaft selbst, vor Allem aber die zu ihr gehörenden Hilfswissenschaften in der neuesten Zeit rapide Fortschritte gemacht haben. Der Courierdienst könnte füglich auch von Leuten besorgt werden, die weniger Bildung haben, wie die Feldjäger. Außerdem ist es bekannt, daß Oberförster, welche aus Feldjägern hervorgegangen sind, sich in den ersten Jahren sehr schwer wieder in den Dienst hineingewöhnen können. Es muß doch im Interesse der Eltern sowohl, wie der jungen Leute selbst liegen, daß sie nicht durch fortwährende Reisen und den Aufenthalt in großen Städten von ihren Studien abgezogen und in ihrem Beruf gestört werden. Wir wollen ihnen auch während des Friedens eine Beschäftigung gewähren, welche ihnen für ihren speciellen Beruf förderlich ist, und ich bitte Sie, uns darin zu unterstützen.

Regierungs-Commissar Major v. Funk: Das Kriegsministerium hat an der gegenwärtigen Friedensbeschäftigung der reitenden Feldjäger nur in 2 Richtungen Interesse, nämlich insofern, als dieselbe erstens die Verwendbarkeit der Feldjäger für den Krieg fördert, zweitens den Bestand des Corps sichert. Eine Verwendung im Courierdienst begünstigt aber — wenn auch gewiß in geringerem Maße, wie früher — Sprachkenntnisse und Gewandtheit des Verkehrs im Auslande. Andererseits erscheint eine Gelegenheit, die großen Hauptstädte Europas kennen zu lernen, anziehend genug, um Aspiranten für das Corps zu gewinnen. Es ist mindestens zweifelhaft, ob letzterem Bedürfniß auch eine Beschäftigung im Landesvermessungswesen (während des Friedens) dienlich sein würde. Denn eine solche Beschäftigung ist anerkanntermaßen besonders mühsam und anstrengend. Der Vortheil, den der Eintritt in das reitende Feldjägercorps zur Zeit bietet, ginge verloren — mit ihm die Gewißheit der Vollzähligerhaltung eines Corps, dessen ausgezeichnete Leistungen auch in zukünftigen Kriegen nach Ansicht der competentesten Behörden nicht entbehrt werden könnten. Das Kriegsministerium hat an das Corps selbst eine Anfrage gerichtet, ob bei Aenderung dieser Verhältnisse es möglich sein würde, das Corps intact zu erhalten, und die Frage ist von dort aus verneint worden. Sie würden also mit ihrem Antrag eine Auflösung des Corps erzielen und das wünschen Sie doch selbst nicht. Jedenfalls bitte ich Sie, nicht eher einen Beschluß zu fassen, bis das Reichskanzleramt sich ausgesprochen hat, denn dieses hat eine gewichtige Stimme in dieser Angelegenheit.

Abg. Zelle: Schon mehrfach ist man in diesem Hause mit ähnlichen Anträgen vorgegangen; doch während die früheren bedeutend weitergehend waren, hat man sich jetzt auf das Aeußerste beschränkt und nur als Forderung die Abschaffung des Courierdienstes im Frieden aufgestellt. Nun sagt man, daß sich durch diese Abänderung die Auflösung des Instituts vollziehen würde und beruft sich auf einen Bescheid des Jägercorps selbst. Aber diese Antwort hätte man sich selbst geben können, denn eine Gesellschaft lebenslustiger junger Leute wird kaum freiwillig für ihre Auflösung stimmen. Man muß einen Unterschied zwischen den Herren Söhnen und den Herren Vätern machen; von den letzteren würde man vielleicht eine andere Antwort bekommen haben. (Heiterkeit.) Ich bin der Ansicht, daß man diese höhere Briefträgerei — denn weiter ist der Courierdienst nichts — für die Feldjäger abschaffen muß.

Finanzminister Camphausen: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Feldjäger haben in dem letzten Kriege ganz unschätzbare Dienste geleistet und sind nach der Aussage des Chefs des Generalstabes ganz unersetzbar. Die Anfrage an das Corps selbst hat nicht die Bedeutung, als ob die Feldjäger selbst gefragt worden wären, sondern die Anfrage ist natürlich an den Chef des Corps gerichtet worden. Wenn wir nun auf der einen Seite wissen, daß wir durch den vorgeschlagenen Schritt uns der Gefahr aussetzen, den Bestand eines glänzend bewährten Instituts zu gefährden, und wenn wir sehen, daß die aus Feldjägern hervorgegangenen Oberförster, wie die Erfahrung beweist, nicht schlechter sind, als die im Civildienst herangebildeten, so müssen wir uns doch ernstlich bedenken, eine Aenderung eintreten zu lassen.

Abg. Bernhardt: Der Regierungscommissar hegt Zweifel daran, ob das Feldmessen dem zukünftigen Oberförster mehr Nutzen bringen werde, als die militärische Dienstleistung. Nun kann ich aber aus Erfahrung erklären, daß für den Forstmann neben seinem Berufe nichts nöthiger ist, als das Feldmessen und Kartenzeichnen, weil er erst dadurch eine gewisse Uebersicht über Gebiete erhält, die er nachher verwalten soll. Was die Tüchtigkeit der zum Courierdienst verwendeten Leute anlangt, so hege ich dagegen ja absolut keinen Zweifel, und ich glaube auch, daß sie sich sehr viele Kenntnisse aneignen werden, nur nicht eine speciell technische Fortbildung, welche sie für ihren Beruf nöthig haben. Nun, der Regierungscommissar meint, daß bei Wegfall des Reizes, welchen der Courierdienst durch den Besuch großer Städte erhält, das Corps auf den Aussterbeetat gesetzt werde. Da muß ich nun sagen, wenn es so beschaffen ist, daß es lediglich hierdurch sich aufrecht erhält, so würde ich das Institut überhaupt nicht für lebensfähig halten. Aber jene Argumentation kann ich durchaus nicht als richtig anerkennen. Der Hauptgrund für mich gegen das Aufrechterhalten des Courierdienstes ist der, daß ich ihn für unwürdig halte für Leute in solcher Stellung. Es giebt noch genug gewissenhafte Leute, welche dazu verwendet werden können, und welche nicht dieselbe wissenschaftliche Bildung haben. Der Courierdienst mit seinen Folgen ist eher ein Mittel der Störung für den künftigen Beruf, als ein Mittel der Förderung, und ich kann Sie nur bitten, den Antrag möglichst einstimmig anzunehmen.

Abg. Graf Limburg-Stirum spricht sich für die unveränderte Beibehaltung eines so trefflich im Kriege bewährten Instituts aus, das auch im Frieden nicht entbehrt werden könne, da die Depeschenbeförderung äußerst wichtig sei und man nur intelligente Leute hierzu gebrauchen könne.

Regierungs-Commissar Oberforstmeister Ulrici bestreitet dem Abgeordneten Bernhardt den Nutzen des Feldmessens für den speciellen Beruf des Forstmannes. Nach seiner 23jährigen Erfahrung in seiner Eigenschaft als Examinator könne er nur sagen, daß Diejenigen, welche sich einer ein- oder zweijährigen Beschäftigung als Feldmesser unterzogen hätten, durchaus nicht an geistiger Volubilität zugenommen hätten; dagegen erwürben die Feldjäger sich durch ihre allgemeine Kenntniß eine gewisse Uebersicht ihrer Verwaltung und gelangten deshalb in bedeutenderem Maße zu höheren Stellen.

Hiermit wird die Debatte geschlossen und der Antrag Matuschka angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats der Verwaltung der directen Steuern. Die Titel 1—5 des Capitels 4 der Einnahmen: Grundsteuer 40,019,000 M, Gebäudesteuer 16,664,000 M., classificirte Einkommensteuer 30,264,000 M., Klassensteuer 41,390,000 M. und die Gewerbesteuer 18,107,000 Mark werden zusammen zur Discussion gestellt.

Abg. Seelig beklagt sich darüber, daß so viele Reclamationen und Recurse in Auseinandersetzungssachen bei der Grundsteuer in der Provinz Schleswig-Holstein noch immer auf Entscheidung harren, trotzdem die Sachen schon seit 1867 schweben; es müßten den betreffenden Reclamanten im Falle einer für sie günstigen Entscheidung viele Tausende von Thalern an bezahlten Grundsteuern zurückgezahlt werden, deren Zinsen sie verloren haben. Eine Beschleunigung dieser Sache sei dringend wünschenswerth.

Geh. Finanzrath Rhode erklärt, daß die fraglichen Entscheidungen sofort nach Eingehen der Recurse vorbereitet seien und nunmehr zugefertigt werden könnten. Es schwebt aber, zwar nicht in dieser, jedoch in einer eng damit zusammenhängenden Sache, ein Prozeß, dessen Entscheidung durch das Obertribunal, die in allernächster Zeit bevorsteht, das Finanzministerium vor Zufertigung der Entscheidungen abwarten will. Ein Nachtheil wird den Betheiligten nicht erwachsen, da ihnen alles zu viel Gezahlte im vollen Betrage erstattet werden wird.

Abg. Röckerath: Von den Herren Nationalliberalen werden in den landwirthschaftlichen Vereinen immer fulminante Reden gegen die Grundsteuer gehalten und deren gänzliche Abschaffung gefordert; hier im Hause hat noch Niemand gesagt: Fort mit der Grundsteuer! Es kann das auch nur Jemand sagen, der eben Bauernfängerei treibt, indem er viel verspricht, was er gar nicht halten kann. Das Drückende der Grundsteuer liegt darin, daß sich eben der Staat und die Communen gar nicht um dieselbe kümmern. Auf die Grundsteuer wird ebenso der Communalzuschlag gelegt, wie auf alle andern Steuern, und wer zur Grundsteuer eingeschätzt ist, muß dennoch ebenso seine Klassen- und Einkommensteuer zahlen, wie jeder andere. Und dabei sind die Löhne der landwirthschaftlichen Arbeiter im Wesentlichen noch eben so hoch wie früher, und die Gutsbesitzer haben nur den Vortheil, daß sie jetzt für diese Lohnsätze bessere Arbeiter haben. Was nun die Einkommensteuer betrifft, so muß ich bemerken, daß es mir ganz unbegreiflich scheint, wie dieselbe sich erhöhen kann, wenn das Einkommen der Bürger immer mehr zurückgeht. Ich wünsche dringend, daß das ganze Vermögen bis auf die letzte Mark eingeschätzt wird, aber das geschieht eben nicht überall, und es werden, wie mir scheinen will, die ultramontanen Censiten etwas härter behandelt, als die andern; denn ich kann mir nicht denken, daß gerade die ultramontane Bevölkerung so erheblich prosperirt haben sollte. um z. B. eine so enorme Steigerung der Einkommensteuer zu begründen, wie sie im Regierungsbezirk Oppeln, der ultramontane Abgeordnete gewählt hat, sich zeigt. In Oberschlesien scheinen mir auch die Herren Landräthe besonders zu dieser Erhöhung beizutragen, denn ich weiß von einem, daß er einer Gemeinde die gesammten Einschätzungslisten zurückgab, weil sie nicht richtig geschätzt hätte. Dann muß ich mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß den Reclamanten bei den Entscheidungen nicht einmal mitgetheilt wird, aus welchen Gründen die Reclamation zurückgewiesen worden ist.

Geheimer Finanz-Rath Rhode: Die Aeußerung des Vorredners hinsichtlich des Regierungs-Bezirks Oppeln nöthigt mich, etwas näher auf diese Frage einzugehen. Die Einkommensteuer ist in den Jahren 1853—71 jährlich um 4½—5 Procent gestiegen; es hat auch wohl nichts auffallendes, daß sie in den Jahren 1872—74 bei der großen industriellen Entwickelung 1872 um 9 Procent, 1873 um 16 Procent und 1874 um 13 Procent gestiegen ist; 1875 ist sie um 5 Procent, 1876 um 3 Procent zurückgegangen. Wenn die Steigerung für den gesammten Staat 40,9 Procent betrug, so kann es wohl kein Wunder nehmen, wenn die Rheinprovinz eine Steigerung von 44 Procent aufweist. Aber über dem Durchschnitt von 40 Procent findet sich auch noch Brandenburg (ohne Berlin) mit 51,5 Procent, Berlin mit 49 Procent. Was nun den Regierungs-Bezirk Oppeln angeht, so hat der Vorredner dabei auf die Wahlen verwiesen, als wenn diese einen Einfluß auf die Veranlagung ausgeübt hätten, weil sie nicht regierungsfreundlich ausgefallen seien. Darauf will ich nicht eingehen, weil ich das für der Würde der Staatsregierung nicht angemessen halte. Es darf aber doch nicht vergessen werden, daß durch das Gesetz vom 25. Mai 1873 die Maximalsteuergrenze der klassificirten Einkommensteuer aufgehoben worden ist, und es werden also für jeden über 24,000 Thlr. hinausgehenden Einkommensbetrag von 20,000 Thlr. je 600 Thlr. Steuern mehr erhoben. Dadurch sind im Jahre 567,000 M. mehr erzielt, und davon entfällt ein bedeutender Theil auf den Regierungs-Bezirk Oppeln, weil dort einige jener beneidenswerthen Steuerzahler wohnen, die zu einem so hohen Einkommen veranlagt sind.

Abg. Berger: Bei der ersten Berathung des Etats hat der Abg. Rickert die Lage des Staatshaushalts eine befriedigende genannt, und nur sehr widerwillig die Calamität der wirthschaftlichen Verhältnisse erwähnt. Ich würde mich freuen, wenn ich seine Ansicht theilen könnte. Ich meine, die wirthschaftlichen Verhältnisse sind schlecht, und werden im nächsten Jahre noch schlechter werden. Der Abg. Rickert behauptete, wir hätten das Schwerste überstanden und tröstete uns mit drn Worten, mit denen der Hahn den Regenwurm tröstete, als er ihn auffraß! Nur nicht ängstlich! (Heiterkeit.) Ich bin der Ansicht, daß bereits jetzt ein Deficit im Etat existirt und daß die wirthschaftlichen Verhältnisse, leider Gottes, noch schlechter werden. Ich will die Klagen jetzt nicht wiederholen, sondern nur bemerken, daß wahrscheinlich wesentlich geringere Klassensteuerbeträge eingehen werden, als man annimmt. Das Gesetz von 1873 beabsichtigte bekanntlich die untersten Klassensteuerstufen zu erleichtern. Das ist im Osten erreicht, im Westen aber durchaus nicht. Ich habe für das Gesetz damals nur gestimmt, weil es das werthvolle Princip der Contingentirung enthielt. Schon vor diesem Gesetze waren die unteren Stufen prägravirt und sind es heute noch. Vor 1873 waren in der 15-Silbergroschen-Stufe im ganzen Staate 71 pCt., im Kreise Bochum nur 21 pCt.; in der 1-Thaler-Stufe waren im ganzen Staate 7 pCt., im Kreise Bochum 12 pCt.; in der 2-Thaler-Stufe im ganzen Staate 14 pCt., im Kreise Bochum 59 pCt., und in der 3-Thaler-Stufe im Staate 5 pCt.,

in Bochum 8 pCt. Die 15-Groschen-Stufe ist jetzt gefallen, aber ein Theil der früher darin Besteuerten befindet sich in der ersten Klassensteuerstufe. Jetzt steht der Regierungsbezirk Arnsberg hinsichtlich des Procentsatzes der Veranlagten in den Städten gleich hinter Berlin mit 86,28 pCt.; dabei ist nicht etwa der ganze Bezirk mit Fabriken besetzt, sondern nur die Grafschaft Mark, Kreis Bochum, während das alte Herzogthum Westphalen eigentlich ein armes Gebirgsland ist.

In Gumbinnen sind nur 50,12 Procent zur Klassensteuer eingeschätzt. Mit Bezug auf die ländlichen Ortschaften steht Arnsberg mit 88,55 Procent an erster Stelle, Gumbinnen zeigt nur 52,85 Procent. Die weitaus größte Zahl der Veranlagten findet sich in den Stufen von 2—6 Thalern. Bisher konnte man sich diese stärkere Belastung schon insofern gefallen lassen, als die Arbeiter einen reichlicheren Ertrag an ihrer Arbeit hatten und die Steuer zahlen konnten; aber diese glückliche Periode ist leider verschwunden; es haben schon viele Arbeiterentlassungen stattgefunden, und infolge des milden Winters wird die Reduction bei der Kohlenindustrie wohl noch stärker hervortreten. Dabei muß man nun noch die großen Preisdifferenzen der Lebensmittel berücksichtigen, die oft im Westen doppelt so theuer sind, als im Osten. Der Weizen kostete im Kreise Neidenburg, Reg.-Bez. Königsberg, im November 1870 2 Thlr. 20 Sgr., in Bochum 3 Thlr. 13 Sgr. der Scheffel; der Roggen in Neidenburg 1 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., in Bochum 2 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.; die Kartoffeln in Neidenburg 13 Sgr., in Bochum 20 Sgr. der Scheffel; die Butter in Neidenburg 8 Sgr., in Bochum 12 Sgr. das Pfd.; das Rindfleisch 2 Sgr. 7 Pf. in Neidenburg, in Bochum 5 Sgr. 4 Pf. das Pfd.; das Schweinefleisch in Neidenburg 3 Sgr. 10 Pf., in Bochum 6 Sgr. 6 Pf. Auf so enorme Preisdifferenzen muß Rücksicht genommen werden. Bedenken Sie nun noch, daß bei uns die Communal-Abgaben 200—500 Procent betragen, so können Sie sich ein Bild von unserem gegenwärtigen Zustande machen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, diese Wahrheiten hier öffentlich auszusprechen.

Abg. von Schorlemer-Alst: Der Abg. Rickert hat gesagt, daß er von der Steuerschraube nichts merke: ich freue mich, wenn er sie entbehrt hat; ich habe sie nicht vermißt. Er hat ferner gesagt, ich sollte ihm doch nur einen Censiten nennen, der zu Unrecht in die Einkommensteuer versetzt ist. Schon damals hätte ich ihm eine ganze Anzahl solcher Censiten nennen können; es sind mir Zuschriften in dieser Beziehung zugegangen; in der einen heißt es: „Wenn der Abg. Rickert solche Leute genannt haben will, so kann dem Manne geholfen werden." Dann folgt die Darstellung des Falles. Ich kenne aber auch Fälle, in denen nur der energischste Protest des Betroffenen dahin gewirkt hat, daß er nicht in die Einkommensteuer eingeschätzt wurde. Von einem Reclamanten ist mir mitgetheilt worden, daß man seinen Vertrauensmann gar nicht gehört hat; einem Anderen ist gesagt worden, seine Reclamation solle bei der nächsten Veranlagung berücksichtigt werden. Gegen alle diese Uebelstände hilft nur eine Fixirung der Einkommensteuer oder auch eine Quotisirung, wie der Abg. Rickert sie wünscht. Der letztere hat aber gleich erklärt, so lange, wie der Finanzminister an seinem Posten bleibe, ginge das nicht, weil der sie nicht wolle. Sehr constitutionell finde ich das nicht, daß man nicht will, wenn der Minister nicht will; aber vom national-liberalen Standpunkte aus ist es ganz richtig; im Reichstage bei den Justizgesetzen haben ja die Herren auch gesagt: der Reichskanzler will es, also wollen wir es auch. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Der Abg. Berger hat mir vorgeworfen, ich hätte widerwillig die wirthschaftliche Calamität als vorhanden anerkannt. Allerdings habe ich das gethan, ein Vergnügen kann ein solches Anerkenntniß doch für Keinen von uns sein. Wenn uns mit den ewigen Klagen über unsere wirthschaftlichen Verhältnisse geholfen würde, wenn man uns positive Vorschläge zu deren Besserung machen würde, dann könnten wir discutiren. Ich halte es aber nicht für die Pflicht eines Abgeordneten, das Vertrauen der Industrie niederzudrücken, sondern dasselbe zu stärken, namentlich dem Auslande gegenüber. So hat der Abg. Berger wieder heute die meines Erachtens nach gänzlich unerwiesene Behauptung aufgestellt, in unserem diesjährigen Etat sei ein verstecktes Deficit enthalten. Keineswegs hat er uns den Dienst geleistet, seine bisher unmotivirte Behauptung ziffernmäßig zu beweisen. Dem Abg. v. Schorlemer erwiedere ich, daß mir sein Censit keineswegs geholfen hat, sondern ich behaupte auch heute noch, daß die ewigen Klagen über die Steuerschraube ohne Beweis erhoben und daß dadurch das Ansehen des Hauses keineswegs erhöht werde. Der Abg. v. Schorlemer würde gut thun, wenn er das ihm zur Verfügung gestellte Material der Budgetcommission zur Vorprüfung überweisen würde. Ich behaupte auch heute noch, daß es wenig Steuergesetzgebungen in cultivirten Ländern giebt, welche der Regierung so wenig Einwirkung auf die Einschätzung gestatten, wie die preußische. Wir haben früher, namentlich vom Abg. Duncker, der sich darüber wunderte, daß es in Preußen nicht mehr wie 150,000 Männer geben sollte, welche ein Einkommen von mehr als 1000 Thalern haben, Klagen gehört über eine allzu milde Einschätzung zur classificirten Einkommensteuer. Wir wollen keineswegs eine Steuerunterschlagung billigen, sondern wollen eine nach beiden Seiten gerechte Veranlagung. Die Budgetcommission wird ihnen demnächst in dieser Beziehung positive Vorschläge machen und bis dahin bitte ich den Abg. v. Schorlemer, seine Vorwürfe zu versparen.

Abg. v. Liebermann: Dem Abg. Röckerath muß ich als Landrath und Vorsitzender einer Einschätzungscommission entgegnen, daß sich ein etwaiges Mißverhältniß in der Steuerveranlagung zwischen den östlichen und westlichen Provinzen nur durch ein Gesetz beseitigen läßt. Beim Erlaß der Klassensteuernovelle waren wir von vorn herein der Ansicht, daß dieselbe hauptsächlich den östlichen Provinzen zu Gute kommen würde. Durch unsere heutige Gesetzgebung ist jedenfalls dem Landrath jeder unmittelbare Einfluß auf die Einschätzung genommen und ich möchte bezweifeln, daß die oberschlesischen Einschätzungscommissionen, von welchen der Abg. Röckerath gesprochen hat, gefügiger sind als die niederschlesischen, von denen ich versichern kann, daß sie keineswegs sich zu einer Aenderung ihrer Einschätzungsliste verstehen, wenn man ihnen nicht die Nothwendigkeit derselben beweist. Den Plusansatz bei der Grundsteuer, gegen welchen man wohl den Rückgang in den Einnahmen der Landwirthschaft geltend machen könnte, möchte ich Ihnen aus dem Grunde zur Annahme empfehlen, weil wir die Grundsteuereinschätzungen einer möglichst geringen Mobilität zu unterwerfen beabsichtigen und weil sich für ein eventuelles Deficit Deckung finden lassen wird in der Besteuerung bisher noch steuerfreier Capitalien.

Finanzminister Camphausen: Zu den bisherigen Debatten über den Mehransatz bei der klassificirten Einkommensteuer muß ich noch die Bemerkung hinzufügen, daß dieser Ansatz im Etat keineswegs die Bedeutung hat, welche man ihm hier zuschreibt. Wie derselbe zu Stande gekommen ist, finden Sie in den Erläuterungen zum Etat. Man hat von der im Herbst 1875 zur Veranlagung gelangten Solleinnahme für 1876 einige herkömmliche Abzüge gemacht und die so erhaltene Summe als Voranschlag in den Etat gesetzt. Ob dieser Ansatz den Verhältnissen entsprechen würde, das zu erörtern war damals unnöthig, weil das auch heute noch eine problematische Frage ist. Bei dem Ansatz ist in diesem Jahre dasselbe Verfahren beobachtet worden wie in allen früheren Jahren und dasselbe hat sich durch die Erfahrung als das Richtige erwiesen. Bisher hat die Wirklichkeit immer den Voranschlag überstiegen, auch für das Jahr 1876 wird das der Fall sein. Es war also keine Veranlassung da, von der bisherigen Praxis abzugehen. Ob bei der in den nächsten Monaten stattfindenden Einschätzung zur klassificirten Einkommensteuer der Voranschlag erreicht werden wird, das kann ich nicht voraussagen, wahrscheinlich ist es nicht, aber möglich immerhin, daß bei einer gerechten Veranlagung — und nur eine solche wünscht die Regierung — der Betrag der klassificirten Einkommensteuer hinter dem Voranschlage zurückbleiben wird. Was die Klagen über die Veranlagung zur Klassensteuer betrifft, so ist die Regierung und ich persönlich diesen gegenüber in einer eigenthümlichen Lage. Wir wollten, als wir die Klassensteuernovelle einbrachten, zuerst an die alten Klassensteuerstufen nicht rühren, sondern beantragten nur den sofortigen Wegfall der untersten Klassensteuerstufe. Diesen Vorschlägen wurde aus dem Hause widersprochen und man wollte lediglich das Einkommen als Princip der Besteuerung feststellen. Die Regierung ist schweren Herzens darauf eingegangen, den vom Hause vorgezeichneten Weg einzuschlagen, aber nicht widerwilligen Herzens. Ein genaueres Eindringen in die Materie belehrte uns, daß der von uns vorgeschlagene provisorische Schritt allein nicht genügen würde, denn die Eintheilung nach Klassen war nach der großartigen Umgestaltung des industriellen Lebens nicht mehr den Verhältnissen entsprechend.

Es versteht sich von selbst, daß bei dem neuen Veranlagungsmodus die verschiedenen Preisverhältnisse in den verschiedenen Landestheilen von großem Einfluß sein mußten auf den Effect der Steuerermäßigung resp. Erhöhung. Dies bestimmte uns, das Spatium für die Einschätzung zur ersten Stufe so außerordentlich weit von 140 bis 220 Thalern zu fassen. Das war für die westlichen Provinzen eine große Berücksichtigung und namentlich in der Zeit des industriellen Aufschwungs wird es wohl dort keine Arbeiter-Familie mehr gegeben haben, welche nicht auf der Grenze des Einkommens zur Einschätzung in die zweite Stufe gestanden hätte. Der Abg Berger hat mich darauf hingewiesen, daß die Steuererträge gegen das Vorjahr in Bochum herabgehen würden, ich war darauf auch ohne den Hinweis des Abg. Berger aufmerksam geworden. Es schmerzte mich tief, daß diejenigen Männer, welche sich der Industrie annehmen zu sollen glauben, derselben gerade den größten Schaden zufügen. (Beifall.) Wenn wir uns nach den Ursachen der gegenwärtigen Krisis fragen, so müssen wir erwägen den ungeahnten Aufschwung der Production nach den Kriegsjahren und daß demselben eine ungesunde Entwickelung folgte. Der Bedarf wurde überschätzt, für einen Consum wurde gearbeitet, der thatsächlich nicht vorhanden war. Damit stand in Verbindung die rapide Lohnsteigerung in den Industrie-Bezirken, herbeigeführt durch das Bestreben der Industrie, sich größere Arbeitskräfte dienstbar zu machen; — nicht zum Glück der Arbeiter, welche diese erhöhten Löhne meistens nicht richtig zu verwenden wußten, aber zum Schaden der Landwirthschaft, welcher die nöthigen Arbeitskräfte entzogen wurden und deren Betrieb erschwert, deren Erzeugnisse vertheuert wurden. Sie nöthigten die Regierung zu der kühnen, vom Reichstage gebilligten Maßregel, die Eisenzölle zu beseitigen, die Einfuhr landwirthschaftlicher Maschinen zum Ersatz der Handarbeit zu erleichtern. Der Abg. Röckerath, der sich doch keine Gelegenheit entgehen läßt, die bestehende Regierung und die bestehenden Verhältnisse anzugreifen (Heiterkeit), hat selbst anerkannt, daß die Grundbesitzer in der Rheinprovinz noch heute die unveränderten Löhne von damals zahlen und ähnliche Aeußerungen habe ich aus landwirthschaftlichen Kreisen, u. A. auch vom Abg. von Rauchhaupt, vielfach gehört.

Hierauf mußte nothwendig eine Reaction folgen, nicht allein in Deutschland, obwohl hier die stärksten Lohnerhöhungen stattfanden, sondern auch in Amerika, in England, Belgien, Frankreich und Rußland. In unserem Zeitalter der Eisenbahnen und Telegraphen ist die Verbindung der Länder so eng, daß ein Land nicht leiden kann, ohne das andere in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Periode des Schwindels hat dahin geführt, daß der Credit des Creditsuchenden beeinträchtigt wird, daß sich der Creditgeber stets fragen mußte, wird hier mit reellem oder künstlichem Capital gearbeitet? Das hat wesentlich zur Stagnation der Geschäfte beigetragen. Es ist nun eine schwere Aufgabe, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann der Entnüchterungsproceß vollendet sein wird. Ich glaube — doch ich kann mich täuschen —, daß im Ganzen unsere Creditverhältnisse jetzt so geordnet sind, daß Jeder weiß, wie weit er seinem Nachbar trauen kann, um sich bei Geschäftsunternehmungen zu betheiligen. Genau vermag kein Sterblicher zu bestimmen, wann die Ueberproduction wieder in die richtigen Schranken zurückgeführt sein wird. Wenn aber erst die augenblicklich noch drohenden Wolken vom politischen Horizont Europas verschwunden sein werden, dann, glaube ich, werden wir an den Ausgangspunkt gelangt sein, von dem wir besonnen, durch den früheren Irrthum gewarnt, eine gesunde Entwickelung werden anbahnen können. Um das Herannahen dieses Zeitpunktes zu beschleunigen, ist nichts wünschenswerther, als daß die Klagen, welche hier aus verschiedenen wohlbekannten Gründen geführt werden, endlich aufhören und so das Vertrauen in die Verhältnisse der Industrie und des Handels wiederkehren lassen. (Beifall.)

Abg. Berger: Ob meine Auffassung von der wirthschaftlichen Lage des Landes, oder die rosig gefärbte des Abg. Rickert die richtige ist, das wird die Zukunft lehren. Meine Behauptung, daß der gegenwärtige Staatshaushalts-etat eigentlich bereits mit einem Deficit arbeitet, stützt sich auf die Veranlagung des Eisenbahnetats. In demselben ist für dieses Etatsjahr in den Ausgaben nur das außergewöhnlich kleine Extraordinarium von 1¼ Millionen Mark angesetzt; nun betrug aber das Extraordinarium aller 10 vorhergehenden Etatsjahre 9 bis 10 pCt. des Ordinariums, das macht bei 170,000,000 Mk. 16 bis 17 Millionen Mk. Es ist nun ja klar, daß man sehr leicht künstlich einen Ueberschuß herbeiführen kann, wenn man Ausgaben im Extraordinarium, die in allen vorangehenden Jahren eine bestimmte Durchschnittshöhe betrugen, mit einem Male auf den 10. bis 12. Theil dieses Durchschnitts herabgesetzt. Der Abg. Rickert hat in seiner ersten Etatsrede auf die erhöhten Einnahmen der Staatsbahnen hingewiesen, dabei aber ganz vergessen, daß im Laufe dieses Etatsjahres 1877/78 unser Eisenbahnnetz um nicht weniger als 92 Meilen verlängert sein wird, beispielsweise durch den Hinzutritt der Nordbahn und der Halle-Kasseler Bahn, und daß lediglich aus diesem Neuhinzutritt die Mehreinnahmen resultiren. Für die sonderbare und kühne Behauptung des Finanzministers, wir schädigten durch unsere Reden die Industrie des Landes, für deren Unterstützung wir eintreten, habe ich vergebens in seiner ganzen Rede auch nur die Spur eines Beweises gesucht. (Sehr wahr!)

Die Positionen der Einnahmen werden hierauf bewilligt.

Zu dem Etat der dauernden Ausgaben fragt Abgeordneter Spangenberg an, ob die Regierung den vom Hause ihr im vorigen Jahre zur Berücksichtigung überwiesenen Petitionen wegen Befreiung der Schutzdeiche von der Grundsteuer Folge geben wolle.

Regierungscommissar Geheime Rath Rhode: Die Regierung hat diese Petitionen in Erwägung gezogen und dieserhalb eine Gesetzesvorlage vorbereitet, welche in den nächsten Tagen dem Hause zugehen wird.

Die sämmtlichen Positionen dieses Etats werden hierauf genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Antrag Heereman wegen Abänderung der Geschäftsordnung und Fortsetzung der Etatsberathung).

Nach der morgenden Sitzung soll die Wahl dreier Mitglieder des Hauses zur statistischen Centralcommission, sowie die Wahl zweier Mitglieder zur Staatsschuldencommission erfolgen.

Berlin, 30. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant von der Armee, von Gottberg, Chef des Stabes der 4. Armee-Inspection, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Bankdirector a. D. Franke zu Kassel den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Rechtsanwalt und Notar Kraus zu Plön und dem Ober-Postcommissarius Fischer zu Tilsit den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Baurath und Kreis-Bauinspector Conradi zu Creuznach den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubniß zur Anlegung des Comthurkreuzes des Kaiserlich österreichischen Franz-Joseph-Ordens mit dem Stern dem Polizei-Präsidenten Freiherrn von Uslar-Gleichen zu Breslau ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Ober-Landforstmeister und Mitdirector der Abtheilung des Finanz-Ministeriums für Domänen und Forsten von Hagen, und den Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungs-Kammer von Stünzner zu Wirklichen Geheimen Räthen mit dem Prädicate „Excellenz" ernannt.

Der Kreis-Thierarzt Lange zu Brieg ist zum commissarischen Grenz-Thierarzt für die Kreise Habelschwerdt, Glatz und Neurode, unter gleichzeitiger Uebertragung der commissarischen Verwaltung der Kreis-Thierarztstelle des Kreises Habelschwerdt und Anweisung des Ortes Mittelwalde als Amtswohnsitz ernannt worden.

[Patente.] Königreich Sachsen. Verlängert bis 2. Februar 1878, Frist zur Ausführung des Peter Barthel, Frankfurt a. M., für James Laing, Dundee, Grafschaft Forfar, Nordbritannien, unterm 2. Febr. 1876 auf Verbesserungen an Nähmaschinen für überwendliche Naht ertheilten Patentes.

Baiern. Dem Mechaniker Joh. Petry in Augsburg: Gelenkdorn zum Dornen undicht gewordener Siederohre, auf 2 Jahre. — Eingezogen ist das dem Maschinen- und Röhrenfabrikanten Joh. Haag in Augsburg unterm 1. Juli 1874 verliehene Patent auf eine Kraftmaschine für Wasser- oder Dampfbetrieb.

Sachsen-Meiningen. 13. Januar. Julius Hock u. Comp., Wien, verbesserter Heiß-Luftmotor, genannt Sparmotor, bis Ende 1881.

Berlin, 30. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute den Prinzen August von Würtemberg, Königliche Hoheit, und den General-Feldmarschall Grafen v. Roon, nahmen im Beisein des Gouverners und des Commandanten, Generals v. Boyen und Generalmajors v. Neumann, militärische Meldungen entgegen und ließen Sich durch den Generalmajor v. Albedyll und den Polizeipräsidenten v. Madai Vortrag halten.

Am Sonntag hatten die Ehre gehabt empfangen zu werden der Major von Liebenau, militärischer Begleiter Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm, und der Lieutenant Wehrmann I. vom Garde-Feld-Artillerie-Regiment, Letzterer zur Uebergabe der Orden seines verstorbenen Vaters.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags einige militärische Meldungen entgegen, ertheilte dem Professor Falb aus Wien Audienz und empfing um 12 Uhr den Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Frhrn. v. Münchhausen. Nachmittags 1¼ Uhr wurde der Capitän-Lieutenant Frhr. v. Seckendorff und um 3 Uhr der Regierungs-Rath Frhr. Senfft von Pilsach empfangen.

[Der Kaiserliche Botschafter Freiherr von Werther] hat Konstantinopel am 27. d. M. verlassen, nachdem er den Wirklichen Legationsrath Dr. Busch als interimistischen Geschäftsträger auf der Pforte vorgestellt. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin,** 30. Jan. [Eine Lücke im Strafgesetzbuch. — Eisenbahntarif.] Nach dem Reichs-Strafgesetzbuch in seiner neuesten Fassung sollen Kinder, die bei Begehung einer strafbaren Handlung das 12. Lebensjahr nicht vollendet haben, strafrechtlich nicht verfolgt, gegen dieselben aber die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Maßregeln getroffen werden; insbesondere soll ihre Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt erfolgen, und zwar nachdem durch Beschluß der Vormundschaftsbehörde die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist. Bei Ausführung der besagten Maßregeln soll nach Maßgabe der landesgesetzlichen Vorschriften verfahren werden. Da es nun, wie in mehreren Bundesstaaten, so auch in Preußen, an den betreffenden landesgesetzlichen Vorschriften fehlt, so ist die Ausfüllung dieser Lücke im Wege der Gesetzgebung in Aussicht genommen, und der bezügliche Gesetz-Entwurf wird dem Landtage unverweilt zugehen. — Die zur Verständigung über die Aufstellung eines einheitlichen Eisenbahntarifs auf Grund des in Dresden vereinbarten Entwurfs in Aussicht genommene Conferenz der deutschen Eisenbahn-Verwaltungen in Berlin ist um einige Tage verschoben worden und soll nunmehr am 5. Februar eröffnet werden. Zur Vorbereitung für dieselbe werden Tags vorher die deutschen Privat-Bahnverwaltungen die Vorlage des Handelsministers einer besonderen Berathung unterziehen. Bei dem allseitig ernstlichen Bestreben und der Anerkennung des Bedürfnisses einer endlichen Beseitigung der Mißverhältnisse unseres Tarifwesens ist die Zuversicht auf das Gelingen einer Verständigung über alle wesentlichen Punkte berechtigt, und auch einer Erledigung der von den Privatbahnen noch erhobenen Bedenken dürften keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen.

[Dementi.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt der „Staats-Anzeiger":

Das „Neue Berliner Tageblatt" enthält in seiner Nr. 16 dieses Jahres einen Artikel aus Lima vom 14. December v. J., in welchem dem dortigen Kaiserlichen Geschäftsträger und General-Consul Dr. Lührsen der Vorwurf gemacht wird, dem auf Anordnung der peruanischen Regierung verhafteten deutschen Reichsangehörigen Emil Paulsen in Arequipa seinen Schutz versagt zu haben. Mit Bezug hierauf kann einstweilen constatirt werden, daß Dr. Lührsen in einem bereits vor mehreren Wochen beim auswärtigen Amte eingegangenen Berichte den Vorfall der Verhaftung des Paulsen mit dem Hinzufügen erwähnt hat, es sei ihm von Seiten des dortigen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten bei einer bezüglichen Besprechung die Versicherung gegeben worden, daß die bündigsten Beweise der Mitwirkung des Genannten an der gegenwärtigen Revolution und an derjenigen des Jahres 1874 sich in den Händen der peruanischen Regierung befänden. Hiernach war Dr. Lührsen nicht in der Lage, die sofortige Freilassung des Paulsen herbeizuführen; er stand jedoch nach Inhalt jenes Berichtes im Begriff, auf die thunlichste Abkürzung der gegen den Verhafteten verhängten Untersuchungshaft hinzuwirken.

[Der hiesige Patronats-Verein zur Förderung und Erhaltung der Bühnen-Festspiele in Bayreuth] hielt am Sonntag Mittag eine Versammlung ab, um sich über die Statuten des Vereins schlüssig zu machen. Bereits in voriger Sitzung war mit der Vorberathung derselben eine Commission betraut worden, die nunmehr der Versammlung einen kurzen Entwurf vorlegte. Eine längere Debatte entwickelte sich vornehmlich über § 1, der von den Zwecken des Vereins spricht. Während die Einen, dem Wunsche Richard Wagners entsprechend, nur die Pflege der Bayreuther Festspiele als Zweck hinzustellen gedachten, gingen die Andern wesentlich weiter, wollten die Pflege der Wagner'schen Musik überhaupt als Zielpunkt der Bestrebungen gekennzeichnet wissen und hielten daher auch den Namen Wagnerverein für weitaus entsprechender als den den Intentionen Wagners gemäß von der Commission vorgeschlagenen Namen Patronatsverein. Die Majorität entschied sich jedoch für die erste Ansicht, sprach aber dabei ausdrücklich aus, daß der Verein nicht nur für das Zustandekommen der Festspiele in diesem Jahr, sondern für die dauernde Erhaltung derselben wirken solle. Gleichzeitig wird der Verein bestrebt sein, sich mit Vereinen ähnlicher Tendenz zu einem Verband zu vereinigen. Die Mitgliedschaft des Vereins kann nach der angenommenen Fassung des § 2 der Statuten jeder Anhänger der Wagner'schen Bestrebungen erwerben, sie allein berechtigt zum Besuch der Bayreuther Festspiele. Man wird also fernerhin nur durch die einzelnen Patronatsvereine, die somit gewissermaßen das Kassireramt übernehmen, sich Patronatsscheine erwerben können und nicht günstig gestimmte Elemente werden von vornherein vom Besuch ferngehalten werden. Zur materiellen Unterstützung des Unternehmens wird der Verein Vorstellungen, Concerte und gesellige Vergnügungen veranstalten. Aus den Ueberschüssen der Kasse gedenkt man Patronatsscheine zu erwerben, die 4 Wochen vor Beginn der Festspiele unter den Mitgliedern verloost werden sollen; 14 Tage später erlischt die Berechtigung der Mitglieder, sich für den festgesetzten Preis, der für 1877 100 M. beträgt, einen Patronatsschein zu erwerben. Der Mitgliedsbeitrag selbst ist auf 3 M. vierteljährlich festgesetzt.

Gumbinnen, 30. Jan. [Im hiesigen 7. Wahlkreise] wurde bei der engeren Wahl Gutsbesitzer Müllner (Fortschritt) mit 6586 Stimmen gewählt. Bezirkspräsident von Puttkammer (cons.) erhielt 4678 Stimmen.

Tilsit, 30. Jan. [Wahl.] Stadtrath Bernhardi (Fortschr.) erhielt bei der engeren Reichstagswahl 7430 Stimmen, der conservative Gegencandidat v. Steinberg 6947 Stimmen.

Marienwerder, 30. Jan. [Bei der engeren Wahl] im hiesigen Wahlkreise siegte Oberbürgermeister von Winter (nat.-lib.) mit 8414 St. über Rittergutsbesitzer von Donimirski-Buchwalde (Pole), welcher 7536 Stimmen erhielt.

Thorn, 30. Jan. [Im hiesigen Wahlkreise] erhielt bei der Stichwahl Kreisgerichtsrath Gerhard (Fortschr.) mit 10,301 St. dem Polen v. Szaniecki gegenüber, dem 10,155 St. zufielen, die Majorität.

Potsdam, 30. Jan. [Im 8. Wahlkreise] (Westhavelland) erhielt Stadtrath Hausmann (Fortschr.) 5457 Stimmen, Stadtgerichts-Rath Willmanns (cons.) 5344 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Frankfurt a. O., 30. Jan. [Bei der hiesigen Reichstagsstichwahl] erhielt Struve (nat.-lib.) 8326, Oberstaatsanwalt Wolff (cons.) 3741 St., somit ist der erstere gewählt.

Cottbus, 30. Jan. [Bei der engeren Wahl] wurde Staatsanwalt a. D. von Bärensprung (cons.) mit 7009 Stimmen gewählt. Rittergutsbesitzer Dr. Schacht (nat.-lib.) erhielt 5044 Stimmen.

Osterode, 30. Jan. [Wahl.] An Stelle des verstorbenen Gerichtsraths Weißermel ist heute Gerichtsdirector Reinberger in Neidenburg (Fortschritt) znm Landtagsabgeordneten gewählt worden.

Döbeln, 30. Jan. [Im hiesigen 10. sächsischen Wahlbezirke] erhielt bei der Stichwahl Kaufmann August Walter (gem. Fortschr.) 8655 St., Fabrikant Niethammer (nat.-lib.) 6634 St. Ersterer ist somit gewählt.

Plauen, 30. Jan. [Bei der Stichwahl] im hiesigen Wahlkreise wurde Geh. Finanzrath Meusel (cons.) mit 9257 Stimmen gegen den Socialdemokraten Neisser gewählt, welcher 5793 Stimmen erhielt.

Belzig, 30. Jan. [Im 9. Wahlkreise] des Regierungsbezirks Potsdam wurde bei der engeren Wahl Kaufmann Hermes (Fortschritt) mit 9569 Stimmen gegen den Landrath a. D. v. Tschirschky (cons.), welcher 6131 Stimmen erhielt, gewählt.

Freiberg, 30. Jan. [Im 9. sächsischen Wahlkreise] erzielte August Penzig (nat.-lib.) mit 8441 Stimmen die Majorität über den Socialdemokraten Fritsche, welcher 6987 St. erhielt.

Salzwedel, 30. Jan. [Wahl.] Dr. Friedrich Kapp (nat.-lib.) gewann bei der Stichwahl im hiesigen Wahlkreise mit 10,664 St. die Majorität über den conservativen Gegencandidaten Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf (7165 St.).

Aus Westfalen, 28. Januar. [Nothstände.] Die industrielle Nothlage macht sich, wie man von hier der „Kr. Z." berichtet, im Regierungsbezirke Arnsberg von Tage zu Tage mehr fühlbar. Zum Beweise dafür mag eine Auslese aus einer einzigen Nummer eines Localblattes vom 20. Januar dienen: In Aplerbeck hat eine Zeche 50 Arbeitern gekündigt. Eine andere Zeche hat 185 Bergleuten den Abschied gegeben. In Essen sind an einer Stelle 200 Bergleute entlassen, an einer andern über 100. Das Förderquantum der Dortmunder und Essener Zechen soll um $\frac{1}{5}$ reducirt werden. Die Reduction, welche im Verhältniß zu den Preisen noch sehr gering erscheint, wird wieder eine große Entlassung zur Folge haben. Die Zechen verfolgen bei diesen Entlassungen einen für die Folgezeit gefährlichen Grundsatz; sie entlassen die Arbeiter, welche in eigenen Wohnungen hausen, und behalten die, welche die in der Gründungszeit angelegten Colonien bevölkern. Der auf eigenem Grund und Boden angesiedelte westfälische Bergmann war aber bis dahin das beste Bollwerk gegen die Socialdemokraten, welche denn auch im Verhältniß zu der Masse der Bergleute nur wenige Stimmen hier aufzuweisen haben. Durch das Verfahren der Zechen wird der seßhafte Bergmann ruinirt und die flottirende, in Arbeiterstraßen zusammenlebende Masse zum Arbeiterstamm gemacht. Allerdings verdienen die Zechen an jedem Einwohner 120 M. Aber ob der Schaden nicht größer ist als der augenblickliche Nutzen? Die Folgen der Arbeitslosigkeit treten von Tag zu Tag greller hervor. Schaaren von sogenannten Handwerksburschen durchziehen Stadt und Land und brandschatzen mit oft unglaublicher Frechheit die Einwohner; ihr Betteln ist nicht Bitten, sondern Fordern.

Gotha, 29. Januar. [Die Leichenverbrennung.] Etwas zurückgedrängt durch die Wahlbewegung, aber darum doch selbst für weitere Kreise hochbedeutsam ist die vorläufige Erledigung der Leichenverbrennungsfrage durch die vorgestern Seitens unserer Stadtverordneten erfolgte einstimmige Annahme eines bezüglichen Nachtrages zur hiesigen Friedhofsordnung. Schon im vorigen Jahre war von den Stadtverordneten die Erbauung einer neuen Leichenhalle mit Verbrennungsapparat auf einem neu anzulegenden Friedhofe genehmigt worden; allein ehe das Staatsministerium diesem Beschlusse praktische Folge geben konnte, bedurfte es noch langer Verhandlungen, welche nun endlich zum Ziele geführt haben. Der nunmehr angenommene Nachtrag zur Friedhofsordnung führt zunächst als officielle Bezeichnung den Ausdruck „Feuerbestattung" ein. Diese wird selbstverständlich nur auf besonderen Antrag und nach vorausgegangener Leichenschau durch den Stadtphysikus erfolgen können. Der Verbrennungsapparat kann gegen entsprechende Gebühren auch von Auswärtigen benutzt werden, aber auch Hiesige haben dessen Benutzung nicht ganz frei. Die Aufbewahrung der Asche in vorschriftsmäßigen Urnen kann auf besonderen Wunsch auch in Privaträumen stattfinden, der Regel nach aber werden die Urnen, mit laufenden Nummern versehen, in der dazu bestimmten Leichenhalle aufgestellt, aus welcher sie nach 20 Jahren wieder hinweggeräumt werden müssen. Außer den Urnen, welche mit passenden Aufschriften versehen werden dürfen, können auch Gedenksteine und Tafeln in der Leichenhalle errichtet werden. — Die Bestimmung, daß die Urnen schon nach 20 Jahren aus der öffentlichen Leichenhalle entfernt und ihres Inhalts entleert werden sollen, verliert dadurch ihre anscheinende Härte, daß es Jedem unbenommen bleibt, dieselben in der eigenen Wohnung unterzubringen.

Italien.

Florenz, 25. Januar. [Die Debatte über den Gesetzentwurf gegen die Mißbräuche des Clerus. — Die Interpellation über Sicilien.] Die Debatte über die einzelnen Artikel des Gesetzes gegen die Mißbräuche des Clerus schreibt man der „N. Z.", hat weniger Zeit in Anspruch genommen, als die Generaldebatte, welche wie gewöhnlich ein akademisches Redeturnier über Staat und Kirche war. Eine Rede Peruzzi's — die einzige bedeutende, seit die Discussion im Gange ist — gegen den ersten Paragraphen, und eine Filopanti's gegen Paragraph 4, darauf beschränkte sich eigentlich die ganze Erörterung, denn Petruccelli's Excentricitäten kann man doch keine Erörterungen nennen. Zu bemerken ist nur, daß in dieser so kurzen Special-Debatte — nicht anderthalb Sitzungen — wie in der so langen Generaldebatte alle Angriffe auf den Gesetzesvoranschlag von der ministeriellen Seite selbst ausgingen, und daß derselbe, außer dem Minister, nur von einem Manne der Opposition, dem ausgezeichneten Chiaves wirklich vertheidigt wurde. Diese Bemerkung schalte ich ein, weil in Deutschland noch immer das alte Vorurtheil wurzelt, die italienische Linke sei anticlerical, die italienische Rechte clerical. Im großen Ganzen wäre eher das Gegentheil wahr, obschon auch das zu absolut wäre. Wie dem auch sei, das Gesetz ist mit 150 Stimmen gegen 100 votire worden. Das ist kein glänzender Sieg; denn man muß bedenken, daß die Rechte, welche (eben weil sie anticlericaler ist als die Linke) den Gesetzesvorschlag urspünglich selber eingebracht hatte — obschon nur als integrirende Artikel des neuen Strafgesetzbuches — gebunden war, dafür zu stimmen. Wenn nur sechsundzwanzig derselben, unbekümmert um den Vorwurf der Inconsequenz, ihren feindlichen Gesinnungen gegen die jetzige Regierung Gehör gegeben hätten, so wäre die Mehrheit gegen das Ministerium ausgefallen, das demnach nur seinen Gegnern sein Leben dankt. Dann aber hat auch der Justizminister alles Mögliche versprochen, um das Gesetz annehmbar zu machen: erstens eine discrete Handhabung desselben, was ja alle Minister immer versprechen; zweitens die Aufnahme der Artikel in das Strafgesetzbuch, aus dem sie höchst unnützer Weise herausgerissen wurden, womit der Opposition ihr Willen geschah; endlich weitgehende Zusicherungen bezüglich der wirksameren Verhinderung einseitig kirchlicher Trauungen. Herr Filopanti nämlich von der äußersten Linken, obschon stets sehr zur Abstraction geneigt, hatte das einzig praktische Amendement in Vorschlag gebracht, welches, nach dem französischen Beispiele, die Priester mit einer Geld- und Freiheitsstrafe bedroht, welche ein nicht vorher bürgerlich getrautes Brautpaar einsegneten. Der Justizminister nun, der von dieser „Beschränkung der Freiheit" durchaus Nichts wissen will, gab allerhand schöne Zusicherungen, welche denn auch Herrn Filopanti bestimmten, seinen Antrag wieder zurückzuziehen. Alles dies wirkte zur Annahme, noch mehr die Furcht vor einer Ministerkrise — denn die Minister hatten wieder einmal die Cabinetsfrage gestellt, wie sie bei jedem Gesetze thun, ein Mißbrauch, der im Interesse einer freien Gesetzgebung nicht genug getadelt werden kann. Vor Allem aber hatte die Erwägung dazu beigetragen, daß, wenn jetzt das Gesetz verworfen würde, die Curie dies als ein Zurückweichen des Liberalismus, ja, als eine Niederlage desselben dargestellt hätte. Nach der Abstimmung hätte nun gestern die Interpellation über Sicilien zur Sprache kommen sollen; allein sie wurde auf heute verschoben. Dieselbe geht von zwei entgegengesetzten Seiten aus, von Rudini, einem der wenigen Sicilianer, welche auf der Rechten sitzen, demselben, dem im Jahre 1866 sein Palast in Palermo von den Aufständischen niedergebrannt wurde, und vom Herzog Colonna di Cesaro, einem jungen Manne der Linken, welcher ebenfalls zu den Großgrundbesitzern der Insel gehört. Daß die seit Jahr und Tag erwartete, stets hinausgeschobene Discussion gerade in Nicotera's Abwesenheit statthat, ist nicht ohne Bedeutung. Vielleicht ist sei'ne Abwesenheit eben dadurch motivirt. Der Mann ist durchaus seiner Rede nicht Herr und hat andererseits so unklare Begriffe von den Rechten und Pflichten der Staatsbeamten, daß seine Collegen immer fürchten müssen, er stelle sie bloß, wie in dem letzten kurzen Meinungsaustausche über die sicilianischen Dinge, wo er der Kammer sagte, die Beamten müßten auch ein wenig verstehen, das Gesetz zu verletzen und nicht allzu ängstlich sein — und das im Augenblicke, wo er einen Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Beamten einbrachte, welches Alle, mit Ausnahme der Minister, für die geringste Gesetzesüberschreitung schwersten Strafen aussetzte. Man kann sich denken, daß Nicotera besser in den kalabresischen Bergen als in Montecitorio ist, wenn die sicilianischen Zustände discutirt werden, deren ganze Krankhaftigkeit ja in dem einen Uebel wurzelt, daß das Gesetz dort ohnmächtig ist. Freilich ist es auf der anderen Seite auch ein eigenes Ding, daß man uns so Hamlet ohne Hamlet zu geben keine Scheu trägt: es handelt sich um die Hauptfrage des Augenblicks, ja mehr als das, um die permanente Hauptfrage des Königreichs; dieselbe gehört dem Ressort des Ministeriums des Innern an und der Minister des Innern ist in die Berge gegangen.

Frankreich.

Paris, 28. Jan. [Jules Simon und Gambetta.] Der „Moniteur", der die orleanistisch gesinnten Mitglieder des Cabinets vertritt, schreibt heute: „Obgleich Herr Gambetta sich angestrengt hat, darzuthun, daß der Budgetausschuß der Regierung nicht feindlich gesinnt sei, so geht uns doch aus guter Quelle zu, daß auf dem Ministerium des Innern diese Erklärungen nicht für baare Münze genommen und an der Herstellung einer wirklichen Regierungsmehrheit gearbeitet wird, um die Wirkungen einer neuen Coalition der Radicalen mit den Bonapartisten zu vereiteln. Während Herr Gambetta Erklärungen abgiebt, die sehr friedlich lauten, führen seine weniger geschickten und durch den erlangten Erfolg berauschten Freunde ganz andere Redensarten im Munde. Sie verheimlichen ihre Absicht nicht, daß sie dem linken Centrum ein Ende machen wollen, das in ihren Augen jetzt der „Intrigant" geworden ist, wie es das rechte Centrum in der früheren Nationalversammlung war. Sind die gemäßigten Republikaner machtlos gemacht, so wird man die gemäßigte Linke zur Gefangenen machen und die radicale Linke wird an die Spitze der republikanischen Mehrheit treten. Die radicalen Deputirten sind überzeugt, daß sie die Unterstützung der Bonapartisten erhalten, welche das linke Centrum niederschmettern wollen. Der Ministerpräsident, Jules Simon, verbirgt sich den Ernst dieses Unternehmens und dessen Gefahren nicht. Ohne etwas überstürzen zu wollen, arbeitet er an der Stärkung des linken Centrums und der Linken, was ihm in Folge der Niederlage dieser beiden Parteien bei der Wahl des Budget-Ausschusses leichter geworden ist. Andererseits giebt es in dem radicalen Verein Unzufriedene, nämlich die, welche von dem Budget-Ausschuß deshalb ausgeschlossen wurden, um die Unterstützung der Bonapartisten zu erhalten. Wenn die Voraussehungen des Ministers des Innern sich bestätigen, so könnte es leicht so kommen, daß der Sieg des Herrn Gambetta und der Radicalen nur von kurzer Dauer sein wird." Sollte, wie der „Moniteur" versichert, Jules Simon wirklich die Absicht haben, Gambetta lahm zu legen, so wird er, schreibt man der „K. Z.", in die neue Regierungsmehrheit jedenfalls nicht allein die Orleanisten, sondern auch einen Theil der Clericalen aufnehmen müssen, da zu Gambetta nicht allein die Radicalen, sondern auch ein großer Theil der Mitglieder der gemäßigten Linken hält und er in Hauptfragen über mehr als 250 Mitglieder der Kammer verfügt. Gelingt es Jules Simon, eine neue Mehrheit zu gründen, so dürfte dieselbe mehr einen clerical-orleanistischen als einen republikanischen Charakter erhalten.

[Zur Wahl des Budgetausschusses.] Die „République Française" antwortet auf die Klage der „Debats" über die Zusammensetzung des Budgetausschusses: „Die „Debats" versichern, die Bonapartisten hätten das größte Interesse bei dem Erfolg der Union Républicaine gehabt. Wir wissen blos, daß sie noch unglücklicher gewesen sind als im vorigen Jahre, und daß kein einziger der Ihrigen in den Ausschuß Eingang gefunden hat; wir bemerken außerdem, daß in diesem Ausschuß so wie auch in den Bureaux die Mitglieder des linken Centrums, und sogar die rein Constitutionellen, beinahe alle mit der Union Républicaine gestimmt haben, so daß, bis auf zwei Stimmen, Gambetta einstimmig zum Präsidenten des Ausschusses ernannt worden ist."

[Zur orientalischen Frage.] Der Finanz-Minister, schreibt man der „K. Z.", kann keinen europäischen Krieg gebrauchen und daher auch keine zweite Auflage der Conferenzen wegen des Orientes. Sein Hauptorgan, das „Journal des Debats", weist heute mit Nachdruck darauf hin, daß die englische und österreichische Presse einstimmig die Conferenz als geschlossen und zwar fest geschlossen behandeln, und der Satz, den die „Debats" verfechten: „Es ist nichts mehr gegen die Pforte zu thun und nichts mehr für dieselbe", von ihr getheilt werde. Auch sei durchaus kein Grund vorhanden, an die Stelle des gesunden Menschenverstandes eine Politik des Ehrenpunktes zu setzen. Die „Debats" hätten gewünscht, daß die Conferenz sich vor Allem und zunächst zur Vermittelung des Friedens zwischen der Pforte und Serbien aufgerafft hätte, und sie empfehlen jetzt diese Vermittlerrolle der englischen Diplomatie, da England das größte Interesse am Frieden im Osten habe; Rußland könnte dies um so weniger übel nehmen, setzen die „Debats" etwas spöttisch hinzu, da ja Salisbury und Ignatieff sich in Konstantinopel als „zwei Freunde und Brüder" gezeigt hätten. Uebrigens könne der Friede zwischen der Türkei und Serbien auch recht wohl ohne eine auswärtige Vermittelung zu Stande kommen. „Die Conferenz", schließen die „Debats" ihre Betrachtung, „war die nur zu richtige Vertreterin des jetzigen unschlüssigen, weichen, schwankenden, zu keinem festen Entschlusse fähigen Europa's. Die Energie und der Scharfsinn der Pforte hat über die Schwäche und Unklarheit der übrigen Mächte den Sieg davongetragen. Die Conferenz sollte Frieden stiften und sie hat ihn vorbereitet, obwohl nicht zu Stande gebracht; jetzt gilt es, ihr in der Schwebe gelassenes Werk zu vollenden. Friede mit den Fürstenthümern, Reformen im Innern, das ist die Aufgabe der Pforte, und sie hat sich dabei der von der Conferenz gelegten Grundlagen zu bedienen, auf denen die Bevollmächtigten keinen Bau aufzuführen verstanden."

[Die drei Subcommissionen für das Budget] hielten gestern im Palais Bourbon Sitzung. Bei der ersten, die sich mit dem Finanzwesen zu beschäftigen hat, kam die Einrichtung der General-Schatz- und Zahlmeister zur Sprache. Diese Einrichtung ward von Lacesne und Marcel Barthe heftig angegriffen und von Dutilleul vertheidigt. Marcel Barthe erinnerte daran, daß er seiner Zeit einen Antrag zur Abschaffung derselben vorgelegt habe und ein Ausschuß zur Prüfung des Antrages ernannt werden sollte. Die Subcommission erwies sich den Ansichten Marcel Barthe's günstig. Die zweite Subcommission hat die Berichterstatter über die verschiedenen ihr übertragenen Angelegenheiten ernannt: Inneres, öffentlicher Unterricht, schöne Künste, Justiz, Ehrenlegion und National-Buchdruckerei; die dritte hat sich in drei Unterabtheilungen vertheilt: Krieg, Marine und auswärtige Angelegenheiten.

[Ein frommer Mann.] In Lourdes hatte ein Ignorantiner-Mönch das Amt, die Knaben der Schule der Brüder des heiligen Ortes in der Kirche, wo sie des Morgens eine Zeit lang zubringen müssen, zu überwachen, und er benutzte dies, um fünf bis sechs derselben (im Alter von 10 bis 12 Jahren) seinen Gelüsten zum Opfer zu bringen. Die Behörde erfuhr den Scandal erst, als der Frevler schon über die Grenze in ein spanisches Kloster befördert war, so daß er wahrscheinlich der gerechten Strafe entgehen wird.

Großbritannien.

London, 27. Jan. [Die Paschawürde von Palästina zum Verkaufe gestellt.] Man schreibt der „Voss. Ztg.": In einem Provinzialblatt aus Lord Beaconsfields eigener Grafschaft, dem „Bucks Advertiser", lesen wir eine aus Beaconsfield datirte Correspondenz, die wohl nur ein schlechter Spaß sein kann. Der Correspondent erwähnt des sonderbaren Gerüchtes, daß die Pforte in ihrer Geldnoth die erbliche Paschawürde von Palästina zum Verkaufe ausgeboten habe und jeden Bewerber zulassen werde, welcher den jüdischen Geldmächten genehm sei, unter der Bedingung, daß diese der Türkei eine ergiebige Anleihe bewilligten. Die Wiederherstellung der jüdischen Herrlichkeit in Palästina mit Disraeli als ersten König würde ein romantisches Ereigniß sein, das selbst die Einbildungskraft des Verfassers von „Alroy" befriedigen könnte. Wir glauben jedoch, daß für den Augenblick die Wirklichkeit zu ernste Anforderungen an ihn stellt und daß die romantische Phantasie vor der groben Prosa der orientalischen Frage zurückstehen muß.

Provinzial-Zeitung.

--d. **Breslau,** 30. Jan. [Humboldtverein für Volksbildung.] Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung eröffnete der Vorsitzende, Herr Dr. Lipschitz, die erste Versammlung in diesem Jahre am 29. d. M., welche in dem neuen Vereinslocale (Mieder's Restauration, Königstraße) abgehalten wurde, mit einer Begrüßung der zahlreich Erschienenen. Hieran knüpfte Redner folgende Mittheilungen: Von der Berliner Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ist eine „Anleitung zur Errichtung und Verwaltung von Vereins- und Volksbibliotheken sammt Musterkatalog und Formularen", ferner „Der Bildungsverein", Centralblatt für das freie Fortbildungswesen in Deutschland, eingegangen. — Der Vorstand des Breslauer Handwerkervereins theilt durch Schreiben mit, daß er den Mitgliedern des Humboldtvereins und deren Angehörigen die Theilnahme an den geselligen Abenden des Handwerkervereins nach Ausweis der Mitgliedskarte und Erlegung des üblichen Eintrittsgeldes gern gestatte. — Die Sonntagsvorträge im Musiksaale der Universität nehmen ihren erfolgreichen Fortgang. Nächsten Sonntag wird Privatdocent Dr. Pernet Vortrag halten. Im Weiteren werden der Reihe nach auf der Universität vortragen die Herren: Realschullehrer Pfennig, Lector Freymond, Prof. Dr. Ferd. Cohn, Max Kalbeck, Prof. Dr. Herm. Cohn, Prof. Dr. Gierke, Chef-Redacteur Dr. Alex. Meyer, Musikdirector Dr. J. Schäffer und Dr. Hulwa. — Die nächsten cyclischen Vorträge werden vom Redacteur Bauer über ein culturhistorisches und vom Prediger Reichenbach über ein literarhistorisches Thema gehalten werden. — Hierauf hielt Lehrer Merkel einen Vortrag über „Entstehung, Veränderungen und Bau der Erdoberfläche", wofür ihm von der Versammlung reicher Beifall gezollt wurde. — Herr Dr. Lipschitz referirte demnächst über die Verhandlungen des am 6. und 7. Juni v. J. zu Dresden abgehaltenen europäischen Congresses von Delegirten der zur Zeit bestehenden Leichenverbrennungs-Vereine und brachte einen bei dieser Gelegenheit gehaltenen ausgezeichneten Vortrag über die Feuerbestattung von Dr. Gottfr. Kinkel zur Vertheilung unter die Anwesenden. — Den Schluß der Sitzung bildete die Erledigung des reichhaltigen Fragekastens.

? **Liegnitz,** 30. Jan. [Handwerker-Verein. — Pastor Ziegler.] Als nach Beendigung der Reichstagswahlen auch hier ein bedenkliches Wachsen der socialdemokratischen Elemente constatirt werden mußte, wurde Seitens des „Anzeigers" darauf hingewiesen, wie sehr die hiesige liberale Partei ihre Pflicht versäumt habe und insonderheit wenig oder gar nichts thue, um ihre Ideen im Volke zu verbreiten. Diese Anregung ist nicht ohne Erfolg geblieben, denn der hiesige Handwerker-Verein hat es sich nunmehr zur Aufgabe gemacht, in dem angeregten Sinne auf die hiesige Bevölkerung einzuwirken. Ein Anfang damit wurde in der Montag Abend abgehaltenen Vereinssitzung durch einen Vortrag des Herrn Ober-Bürgermeister Oertel gemacht und waren hierzu die Mitglieder des technischen, Lehrer- und Hirsch-Duncker'schen Vereins eingeladen worden. — Es wurde über „Theurungs-Verhältnisse" gesprochen, und als Ursachen derselben die Entwerthung des Geldes, die der Production gegenüber zu hoch gesteigerte Consumtion, die Zunahme der Bevölkerung und der erhöhte Culturzustand bezeichnet. Sodann ging der Vortragende über auf die localen Preissteigerungen in den größeren Städten und erklärte dieselben hauptsächlich als eine Folge des daselbst stattfindenden großen Zusammenflusses von baarem Gelde und der Concentration des Verkehrs auf den sogenannten Wochenmärkten. Hielt Redner nun auch eine durchgreifende Heilung für unmöglich, so glaubt er doch, daß eine erhebliche Milderung zu erzielen sei, durch eine gehobenere Zufuhr und die Gewöhnung der Bevölkerung an conservirte Nahrungsmittel. Abhilfe für locale Preissteigerungen ließen sich schaffen durch Auseinanderbau der Wohnungen, Einrichtung kleinerer Marktplätze, wodurch die Intensität der Nachfrage zerstreut wird, die Regelung des Marktwesens und durch den für die Zukunft zu erwartenden Schutz gegen Lebensmittel-Fälschung. Nach Beendigung des Vortrages forderte Kaufmann Cohn noch einmal zur Selbsthilfe gegen die gesellschaftlichen Uebel auf, indem die gebildeteren Stände nicht nur insofern dem Humanitätsprinzip huldigen möchten, als sie von ihren irdischen Gütern den Unbemittelten mittheilen, sondern auch durch Darreichung ihrer geistigen Schätze. — Der Vorsitzende, Director Kratz, sprach dem Vortragenden im Namen des Vereins seinen Dank aus. — Denjenigen Gemeinde-Mitgliedern der Peter-Paul-Gemeinde, welche gegen die Wahl des Diakonus Ziegler zum Pastor prim. protestirt hatten, ist jetzt Seitens des königlichen Consistoriums in Beantwortung ihres Protestes mitgetheilt, daß die Bestätigung für das erledigte Pastorat nicht zu versagen sei. Der im Proteste angeführte Vortrag: „Der Kampf um die Würde Jesu" ist genau geprüft worden und seien die von den Protesterhebern hervorgehobenen Ansichten „leider" darin ausgesprochen, doch leuchte aus dem ganzen Vortrage noch eine innige Liebe zu dem leidenden Erlöser hervor, so daß Bedenken gegen die Rechtgläubigkeit nicht erhoben werden können.

Berlin, 30. Jan. Für das heutige Geschäft waren nicht mehr jene Vorbedingungen, deren wir in unseren vorwöchentlichen Berichten bereits gedacht haben, maßgebend und bleibt nur denn heute zu constatiren, daß die Börse in ihrer Gesammtstimmung auch sofort eine Schwenkung machte. Das Interesse an der Hausse ist, da die Liquidation nunmehr als beendet angesehen werden kann, erkaltet, oder wendet sich doch nur einigen ganz vereinzelten Effecten zu und es scheint fast, als wolle die Speculation jetzt die Baisse bei etwaigen Operationen nicht ganz ausschließen. Verstimmend wirkte heute der nicht ganz unerhebliche Rückgang der Laura-Actien, für den sich indeß ein specieller Grund nicht anführen läßt (suchte man doch sogar Dividendenscheine zu 3 pCt.). Man will das Weichen mit der allgemeinen Mattheit, die schon seit gestern für sämmtliche Kohlenbergwerksactien herrscht, in Verbindung bringen. Unter den internationalen Speculationspapieren erfuhren Oesterr. Staatsbahnactien den weitesten Rückgang. Oesterr. Creditactien behaupteten sich besser. Für letztere berechnete sich anfänglich noch ein Deport von 2,50 M., derselbe ermäßigte sich jedoch später bis auf 1,20 Mark. Die österreichischen Nebenbahnen trugen zwar im Allgemeinen einen festen Charakter, blieben aber doch meist sehr still. Elbthalbahn, Elisabeth-Westbahn und Josefbahn beliebt, Galizier dagegen schwächer. Die localen Speculationseffecten waren mit Ausnahme von Laura-Actien ziemlich fest, hielten sich wenigstens im gestrigen Niveau. Disconto-Commandit 109,75, ult. 110,25—110,40 bis 110, Laurahütte 68,50, ult. 70,40—67,75. In auswärtigen Staatsanleihen blieb der Verkehr nicht unbelebt und es machte sich auch für einige hierher gehörigen Werthe eine ziemlich rege Kauflust pr. Februar bemerkbar. Die Folge hiervon war ein Anziehen der meisten Notirungen, von dem besonders die Oesterreichischen Renten profitiren. Für russische Werthe war die Stimmung zum Theil schwankend, da hier das Ultimo-Geschäft noch nicht ganz klar lag. 5proc. Anleihen 83,10 bis 83,40—83,10. Preußische und andere deutsche Staats-Papiere meist unverändert und still. Eisenbahn-Prioritäten zeigten sich durchgängig fest, zu den beliebteren einheimischen Devisen zählen Potsdamer Lit. C., Magdeburg-Leipzig, Hannover-Altenbeken III. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte im Allgemeinen eine ziemlich feste Stimmung, doch blieben die Umsätze meist gering. Stettiner waren leicht zu placiren. Halberstädter und Potsdamer blieben indeß angeboten. Leichte Bahnen waren nicht unbelebt, ließen jedoch meist in den Coursen nach, Weimar-Gera und Ostpreußische Südbahn etwas niedriger. Bankactien erfreuten sich guter Festigkeit. Preuß. Bodencredit zu besserem Course begehrt. Geraer Bank steigend. Spritbank Wrede lebhaft. Braunschweiger Bank beliebt. Preuß. Hypotheken-Actien-Bank erhöhte bei regem Umsatz die Notiz. Petersburger internationale Bank bevorzugt. Schaaffhausen zu gestriger Notiz begehrt. Hamburger und Breslauer Bankdevisen fest. Centralbank für Bauten ging zu unveränderter Notiz sehr rege um. Meininger Bank matt. Deutsche Bank in lebhaftem Verkehr, aber etwas niedriger.

Um 2¼ Uhr: Matt. Per ult. Februar flau. Credit 240,50, Lombarden 126, Franzosen 394, Reichsbank 155,75, Disconto-Commandit 109,75, Laurahütte 67,10, Köln-Mindener 101,25, Rheinische 110,50, Bergische 79,90, Rumänen 13,25, Türken 12,50, Italiener 72,25, 5% Russen 83,10, Oesterreichische Goldrente 61, Silberrente 55,75, Papierrente 51,25.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 30. Jan., Nachm. 4 Uhr. Consols 96. Ital. 5pCt. Rente 71⅞. Lombarden 6½, 5proc. Russen de 1871 84. dto. de 1872 83¾. Silber 57⅞. Türkische Anleihe de 1865 12⅞. 6procentige Türken de 1869 14. 6proc. Verein. Staaten per 1882 105½. Silberrente 56. Papierrente 51⅛. Berlin 20, 59. Hamburg 3 Monat 20, 59. Frankfurt a. M. 20, 59. Wien 12, 50, Paris 25, 30. Petersburg 28⅞. Platzdiscont — pCt. Bankauszahlung — Pfd. Sterl.

Frankfurt a. M., 30. Jan., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 35. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 165, 40. Böhmische Westbahn 141¾. Elisabethbahn 111¼. Galizier 171¼. Franzosen*) 198⅜. Lombarden*) 62¾. Nordwestbahn 92. Silberrente 56¼. Papierrente 51⅝. Russische Bodencredit 81. Russen 1872 84⅜. Amerikaner 1885 102¼. 1860er Loose 100¼. 1864er Loose 254, 00. Creditactien*) 121½. Oesterreichische Nationalbank 683, 50. Darmst. Bank 100¾. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 70½. Hessische Ludwigsbahn 95⅞. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 141, 00. do. Schatzanweisungen alte 83½. do. Schatzanweisungen neue 81¼. do. Ostbahn-Obligationen II. 57¼. Central-Pacific 99¾. Reichsbank 156½. Silbercoupons —. Goldrente 61⅛. Silbercoupons —. Ziemlich belebt. Speculationspapiere matt, Anlagewerthe fest.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 121, Franzosen 197½, 1860er Loose —,—, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente —, Nationalbank —.

Hamburg, 30. Jan., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 115¾, Silberrente 56¼, Goldrente 61, Credit-Actien 120¼, 1860er Loose 99, Franz. 493½, Lombarden 158, Ital. Rente 72, Vereinsbank 117⅜, Laurahütte 66¾, Commerzb. 100⅜, Norddeutsche 129¼, Anglodeutsche 44½, Internationale Bank 85½, Amerikaner de 1885 97⅜, Köln-Minden. St.-A. 101¼, Rhein-Eisenbahn do. 110¾, Berg.-Märk. do. 80, Disconto 2½ pCt. Matter.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 85, 50 Br., 84, 50 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 39 Br., 20, 33 Gd., London kurz 20, 46 Br., 20, 40 Gd., Amsterdam 168, 70 Br., 168, 10 Gd., Wien 164, 00 Br., 162, 00 Gd., Paris 80, 95 Br., 80, 55 Gd., Petersburger Wechsel 249, 00 Br., 245, 00 Gd.

Hamburg, 30. Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen pr. April-Mai 221 Br., 220 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 223 Br., 222 Gd. Roggen pr. April-Mai 159 Br., 158 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 75, pr. Mai pr. 200 Pfd. 74. — Spiritus still, pr. Januar-Februar 44½, pr. Februar-März 44½, pr. April-Mai 44½, pr. Mai-Juni pr. 1000 Liter 100% 44¾. Kaffee fest, aber ruhig. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 19, 00 Br., 18, 75 Gd., pr. Januar 18, 75 Gd., per Februar-März 18, 00 Br. — Wetter: Regen.

Liverpool, 30. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Sehr ruhig. Tagesimport 41,000 B., davon 31,000 B. amerikanische, 10,000 B. egyptische.

Petersburg, 30. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29 13/16, do. Hamburg 3 Monate 254¾, do. Amsterdam 3 Mt. 149 13/16, do. Paris 3 Mt. 313, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 190, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 190, ½-Imperials 6, 62. Große russische Eisenbahn 170. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 104. Privatdisc. 8½%.

Petersburg, 30. Jan., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49,50. Weizen loco 12,25. Roggen loco 7,25. Hafer loco 4,75. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12, 50. — Wetter: Gelinde.

Königsberg, 30. Jan., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen niedriger. Roggen unverändert, loco 121/122 pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 156,00, pr. Januar 145,00, pr. Frühjahr 152,50, pr. Mai-Juni 151,00. Gerste still. Hafer flau, inländischer loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 132,00, pr. Frühjahr 138,00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 131,00. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 53,25, pr. Jan.-Febr. 53,75, pr. Frühjahr 56,50. Wetter: Gelinde.

Danzig, 30. Jan., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau. Umsatz 150 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollgew. 207,00 bis —, —, hellbunter 212,00—215,00, hochbunter und glasig 218,00— —,—, pr. Jan. 216,00, pr. April-Mai 216,00. Roggen fest, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländischer 162,00 bis — ,—, per Januar 163,00, per April-Mai 165,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 144,00, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 153,00. Weiße Kocherbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 135,00—137,00. Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 145,00. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 52,00.

Paris, 30. Jan., Nachmittags. Rohzucker fest, Nr. 10/13 pr. Januar pr. 100 Kilogr. 73, —, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 78, 25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Januar 81, 75, pr. Februar 81, 75, pr. Januar-April 82, 75, pr. März-Juni —.

London, 30. Jan. Havannazucker besser.

Antwerpen, 30. Jan., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste weichend.

Antwerpen, 30. Jan., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 51½ bez. u. Br., pr. Januar 51½ bez., per Februar 50 Br., per März 47½ Br., per April 47½ Br. Ruhig.

Bremen, 30. Januar, Nachmittags. [Petroleum] (Schlußbericht.) Standard white loco 20, 00 bez., pr. Januar 20, 00 bez., per Februar 19, 50, a 19, 75 bez., per März 18, 50 a 8, 75 bez.

\# **Breslau**, 31. Jan., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide etwas fester, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 15 bis 16 bis 17—17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste gut behauptet, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach gefragt, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50 Mark.

Mais angeboten, per 100 Kilogr. 11,20—12,20—13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,50 bis 15,20 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen gut behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Oelsaaten schwach gefragt.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	—	31	—	30	—
Winterrübsen	32	50	29	50	28	50
Sommerrübsen	31	—	29	—	28	—
Leindotter	27	—	26	—	23	50

Rapskuchen ruhiger, per 50 Kilogr. 7,20 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen stärker angeboten, rother matt, per 50 Kilogr. 55—62—70 bis 72—78 Mark, weißer schwache Kauflust, per 50 Kilogr. 58—68—70—75 bis 81 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee unverändert, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 30. 31.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 0°,1	+ 2°,1	+ 1°,9
Luftdruck bei 0°	328''',31	325''',03	324''',27
Dunstdruck	2''',03	1''',95	1''',86
Dunstsättigung	95 pCt.	81 pCt.	78 pCt.
Wind	S. 2	S. 2	SW. 2
Wetter	bed. S. ½1 Schn.	bedeckt.	heiter.

Berliner Börse vom 30. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,75 bz
Staats-Anleihe	4	95,75 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,40 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,50 bzG
Pommersche	3½	83,60 G
do.	4	95,60 bz
do.	4½	102 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,80 bz
Schlesische	3½	84,90 bz
Landschaftl.Central	4	95,10 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95,25 bz
Pommersche	4	95,40 bz
Posensche	4	95 bz
Preussische	4	95,10 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 G
Sächsische	4	95,80 bz
Schlesische	4	96 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,70 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	124,25 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	71,40 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 249,80 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 142,80 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 86,50 bz
Oldenburger Loose 135 bzG

Ducaten 9,64 B	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,35 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,23 G	Oest. Bkn. 165,55 bz
Imperials 20,75 bz	do.Silbergd. 191,25 bz
Dollars 4,18 G	Russ. Bkn. 253,65 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	104 bzG
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 G
Unkünd. do. (1872)	5	101 bzG
do. rückzb. à 110	5	105,90 bz
do. do. do.	4½	98,50 G
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,90 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,25 G
do. do. II. Em.	5	102 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	108 bz
do. do. II. Em.	5	107 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,25 G
do.4½ do. do. m.110	4½	96,75 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,60 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	34 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 B
do. do.	4½	94,40 B
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,25 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31,25 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.1./7.	4⅕	56 bzG
do. 1./4.1./10.)		56 bzG
do. Goldrente	4	61,25 bzB
do. Papierrente	4⅕	51,60 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,50 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	99,75 bz
do. Credit-Loose	—	294,75 bzG
do. 64er Loose	—	253 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	147,75 bz
do. do. 1866	5	147,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	81,40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	78,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	78,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	64 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,80 bzG
do. do. 1885	6	102 G
do. 5% Anleihe	5	103,40 bzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,75 etbz
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,60 bz
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	67,10 bzG
Rumänische Anleihe	8	84,75 bz
Türkische Anleihe	5	12,40-50 etbz
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	68 bzG [B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,75 bzG
Türken-Loose 27,50 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,50 G
do. III. v. St.3½g.	3½	84,50 bz
do. do. VI.	4½	98,50 bz
do. Hess. Nordbahn.	5	— —
Berlin-Görlitz	5	102,75 bz
do.	4½	87,50 bz
do. Lit C.	4½	83,75 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	95 G
do. do. F.	4½	95 G
do. do. G.	4½	95,50 G
do. do. H.	4½	91,50 G
do. do. J.	4½	91 G
do. do. K.	4½	90,60 G
do. von 1876	5	98,90 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	92,50 B
do. V.	4	90,50 G
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken	4½	95 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,35 B
do do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 G
do do. III. Ser.	4	96 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85 B
do. F.	4½	102,40 bz
do. G.	4½	— —
do H.	4½	101,25 G
do. von 1869.	5	102,75 G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,50 E
do. Brieg-Neisse	4½	98 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	77 G
Ostpreuss. Südbahn	5	102 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101,20 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,30 G
Chemnitz-Komotau	5	95,60 G
Dux-Bodenbach	5	60 B
do. II. Emission	5	40,90 bz
Prag-Dux	fr.	23,10 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	84,10 G
do. do. neue	5	82 bzG
Kaschau-Oderberg	5	55,25 bzB
Ung. Nordostbahn	5	51,30 bz
Ung. Ostbahn	5	49,70 bz
Lemberg-Czernowitz	5	64 G
do. do. II.	5	64,75 bzG
do. do. III.	5	56,75 bz
Mährische Grenzbahn	5	52,75 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	14,50 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	62,90 G
Oesterr.-Französische	3	315,30 bzG
do do. II.	3	299,75 B
do. südl. Staatsbahn	3	232,40 bz
do. neue	3	233,90 bz
do. Obligationen	5	77,30 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	50 bz
Warschau-Wien II.	5	95,75 B
do. III.	5	91 B
do. IV.	5	85,90 bzB
do. V.	5	80,50 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,95 bz
do. do.	2 M.	3	169,10 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,39 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	248 50 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	252,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	165,50 bz
do. do.	2 M.	4½	164 30 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	21,00 bz
Berg.-Märkische	4	—	4	80,00 bz
Berlin-Anhalt	8	—	4	104,40 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	23,00 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	23,10 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	168,10 bz
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	79,75 bz
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	124,75 bz
Böhm. Westbahn	5	—	5	70,80 G
Breslau-Freib.	5⅝	—	4	72,75 bz
Cöln-Minden	4 6/10	—	4	101 60 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7,40 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8	—	4	85,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	14,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,25 bzG
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	35,70 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	43 40 bz
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	179,00 bz
Märk.-Posener	0	0	4	19 00 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	106,75 bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	96,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 75 bzB
Oberschl. A.C.D.E.	10½	—	3½	128,25 bz
do. B.	10½	—	3½	120,20 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	p. F. 398-396
Oest. Nordwestb.	5	5	5	188,00 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	p.F. 125-126,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	24 00 bzB
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	105 50 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	45,25 bz
Rheinische	8	—	4	116,90 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,80 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	11,80 bzG
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	13,25 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	22,20 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100 90 bz
Thüringer Lit A.	8½	—	4	124,90 bzB
Warschau-Wien.	7½	—	4	181,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	55,40 bz
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	33,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	35,75 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,00 bz
Märkisch-Posener	3½	—	5	70,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96,75 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	74,00 bzG
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,25 G
Rumänier.	8	—	8	58,50 bzG
Saal-Bahn	1½	—	5	25,00 G
Weimar-Gera	2½	—	5	22,00 bzB

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	24,25 bzG
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	44,00 G
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	151,00 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	68,25 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9½	—	4	79 75 bzG
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98,40 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	70,20 bzG
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	— —
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	68,25 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	100,00 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	96,90 bz
Deutsche Bank	3	—	4	85,75 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	155,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	109,75 bz
do. ult.	7	—	4	116,50-9,50 bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	89,50 G
do. junge	5½	—	4	95,75 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	5 B fr.Z.
Goth. Grundcredb.	8	—	4	101,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	9 4/9	10	4	117,00 G
Hannov. Bank	6 7/15	—	4	101,70 G
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	80,80 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	65,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	109,80 bz
Luxemburg. Bank	6½	—	4	92,00 B
Magdeburger do.	5½	—	4	104,50 bzG
Meininger do.	3	—	4	70,50 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,75 G
Nordd. Bank	6¾	8	4	128,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	93,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	49,00 G
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	241,50-40
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	99,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	97,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,25 bzG
Sächs. Bank	10	—	4	115,50 B
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	94 60 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	87,50 bzG
Schl. Vereinsbank	5	—	4	89,75 G
Thüringer Bank.	5	—	4	70,50 bz
Weimar. Bank.	0	—	4	41,00 G
Wiener Unionsb.	20/7	—	4	89,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	48,75 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	88,75 G
Hannov. Disc.-Bk.	8⅕	—	fr.	96,75 G
Hessische Bank	—	—	fr.	56 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	59 G
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,20 B

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	712,60 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10,25 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	66,75 bzB
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	13,00 G
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,00 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	2,00 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	114,50 B
Schles. Feuervers.	20	—	4	720 G
Donnersmarkhütte	3	—	4	19,00 bz
Dortm. Union	0	—	4	6,75 bzB
Königs- u. Laurah.	2	—	4	68,50 bz
Lauchhammer	0	—	4	24,25 G
Marienhütte	8	—	4	68 00 bzB
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	7 G
Redenhütte	0	—	4	5,90 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,50 G
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	76,75 G
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	85,60 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	39,00 G
Vorwärtshütte	0	—	4	14 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,75 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,50 G
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,00 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	40,00 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15,50 G
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	27,00 bzG
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,10 G
do. Porzellan	0	—	4	10 B
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	70,00 B

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 30. Januar. Wie der „Pol. Corresp." aus Athen vom gestrigen Tage gemeldet wird, wurde der Marquis v. Salisbury während seiner Anwesenheit hierselbst vom Könige in Audienz empfangen und conferirte auch mit dem Ministerpräsidenten Comunduros. Letzterer habe dem Marquis gegenüber die Ansprüche Griechenlands gekennzeichnet und auf die Consequenzen hingewiesen, die sich aus einer eventuellen Nichtbeachtung derselben ergeben würden. Der Marquis habe die Forderungen der griechischen Regierung als billig anerkannt. — Der „Pol. Corresp." wird ferner mitgetheilt, Konstant Pascha werde sich im Auftrage des Großveziers in specieller Mission nach Cetinje begeben, um directe Friedensverhandlungen mit dem Fürsten von Montenegro einzuleiten. Der italienische Consul Durando und der britische Consul Monson würden gleichfalls nach Cetinje gehen, um die Friedensmission Konstant Paschas zu unterstützen.

Rom, 30. Jan. Die „Amtszeitung" veröffentlicht ein königliches Decret, welches die am 16. November 1876 abgeschlossene italienisch-rumänische Handelsconvention in Kraft setzt; ein anderes Decret untersagt die Einfuhr von aus Hamburg-Altona stammenden Wiederkäuern. — Salisbury wird morgen hier erwartet.

Washington, 30. Jan. Die Majorität der Commission des Senates legte den Bericht vor, worin die Acte des Comite's zur Verification der Wahlen in Florida für gesetzmäßig und verfassungsmäßig erklärt werden. Die Demokraten der Repräsentanten-Kammer wählten Payne, Hunton und Abbot zu Mitgliedern der Special-Commission zur Beschlußfassung über die Frage der Präsidentenwahl.

Berlin, 30. Januar. [Producten-Bericht.] Wetter: regnerisch. Der heutige Markt nahm durchweg einen unvermuthet günstigen Verlauf. — Roggen ist anfänglich matt gewesen, befestigte sich jedoch und besserte sich im Werthe merklich, als ziemlich starke Deckungskäufe vorgenommen wurden. Der Terminhandel gelangte zu leidlicher Ausdehnung und auch loco ist der Umsatz befriedigend; für gute Partien ist bequeme Verwendung zu finden. — Roggenmehl mehr begehrt und etwas höher. — Weizen eröffnete mit ein wenig billigeren Preisen, erholte sich aber unter einigermaßen regem Handel bald wieder und schließt eher höher als gestern. — Hafer findet loco fortdauernd nur schwierigen Absatz. Termine matt eröffnend, schließen fest. — Rüböl auf Grund flauer auswärtiger Berichte anfänglich matt, erlangte einen namhaften Aufschwung, da rege Kauflust befriedigt sein wollte. — Petroleum ziemlich fest. — Spiritus bekundete sehr feste Haltung und ist zu anziehenden Preisen gehandelt.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißbunter poln. 228 Mark ab Bahn bez., per April-Mai 218½—220 Mk. bez., per Mai-Juni 220—221½ Mk. bez., per Juni-Juli 223—224 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 159—183 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 159—160 Mark ab Boden bezahlt, neuer russischer 159—160 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 176—183 Mark ab Bahn bezahlt, per Januar — Mark bezahlt, per Jan.-Febr. 159—159½ Mk. bez., per Febr.-März 159 bis 159½ Mark bez., per Frühjahr 160—161—160½ Mark bez., per Mai-Juni 159—160—159½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 158—159—158½ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Hafer loco 125—165 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 135—153 M. bez., russischer 128—143 Mk. bez., pommerscher 159—160 Mark bez., schlesischer 150—160 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 153—160 Mark bez., ungarischer 138—140 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Januar — Mk. bez., per Januar-Februar — Mk. bez., per Frühjahr 150—151 Mark bez., per Mai-Juni 151—152 Mark bezahlt, per Juni-Juli — Mark bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl per 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Januar — Mk. bezahlt, per Januar-Februar 23 Mk. bezahlt, per Februar-März 22,80—85 Mark bez., per März-April 22,80 Mark bezahlt, per April-Mai 22,80 Mark bezahlt, per Mai-Juni 22,85 Mark bezahlt, per Juni-Juli — Mark bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco — Mk. bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 46 Mark bez., per Januar 43,5 M. bez., per Januar-Februar 38,6—38 bis 38,2 Mark bezahlt, per Februar-März — Mark bezahlt, per März-April — Mk. bez., per April-Mai — M. bez. Gekündigt — Bar. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 54 M. bez., per Januar-Februar 54—54,5 M. bez., per Februar-März 54—54,5 M. bez., per April-Mai 55,8—56,5 Mk. bezahlt, per Mai-Juni 56,1—56,7 Mark bezahlt, per Juni-Juli 57,1—57,6 Mark bezahlt, per Juli-August 58,1—58,6 Mark bezahlt, per August-September 58,6—59,3 Mark bezahlt. Gekündigt — Liter. — Kündigungspreis — Mark.

Witterungsbericht vom 30. Januar.
7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	+ 1	SW frisch.	ganz bedeckt.
Hamburg	+ 5	SW frisch.	ganz bedeckt.
Crefeld	+ 8	SW stark.	ganz bedeckt.
Hannover	+ 8	NW stark.	Regen.
Leipzig	+ 2	SW mäßig.	Regen.
Berlin	+ 2	S frisch.	ganz bedeckt.
Breslau	0	SO frisch.	dreiviertel bedeckt.
Bamberg	+ 2	W hart.	Regen.
Carlsruhe	+ 5	SW Sturm.	Regen.
Friedrichshafen	+ 3	SW Sturm.	ganz bedeckt.

Barometer seit gestern Abend stark fallend, Temperatur Nordwesten gestiegen, sonst wenig verändert, ganz Deutschland starker bis stürmischer Süd-West mit trübem, mildem, vielfach regnerischem Wetter.

Breslau, 31. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 78 Cm. U.-P. — M. — Cm.

[Das Glitzern der Sterne.] In der belgischen Akademie theilte Montigny am Ende des Vorjahres die Ergebnisse seiner Untersuchungen über das Glitzern der Sterne mit. Die Beobachtungen wurden an 230 Abenden, während der Zeit von 1870 bis 1876, zu Brüssel angestellt. Das zu dieser Untersuchung benutzte Instrument war ein astranomisches Fernrohr, welches zwischen dem Objectiv und dem Okular eine Scheibe aus dickem Glase enthielt, die auf einer parallel zur Axe des Fernrohrs gehenden Rotations-Axe schief aufgestellt war und von einem außerhalb befindlichen Mechanismus in beliebig schnelle, genau zu zählende Drehung versetzt werden konnte. Da die Lichtstrahlen die Glasplatte in allen Stellungen, welche sie um ihre Rotations-Axe einnimmt, schief durchsetzen, bevor sie zum Ocular kommen, so beschreibt das Bild eines Sternes, auf den das Fernrohr gerichtet ist, einen vollständigen Kreis im Gesichtsfelde. Glitzert der Stern nicht, so bildet dieser Kreis eine continuirliche Linie in der Farbe des Sternes, glitzert er aber, so theilt sich dieser Kreis in Bogen von lebhaften Farben, die sich schnell ändern, und unter denen gewöhnlich das Roth, Orange, Gelb, Grün und Blau glänzt, je nach dem Charakter des Glitzerns. Die Untersuchungen ergeben sowohl in den Details, als in der Gesammtheit, daß 1) ein inniger Zusammenhang zwischen dem Glitzern und dem relativen Feuchtigkeitsgehalte der Luft bestehe, da beide „stets sehr merklich in demselben Sinne schwanken", und 2) die Möglichkeit, den Regen auf mehr als einen Tag vorhersehen zu können, ein Resultat, welches sowohl mit der alltäglichen Erfahrung, so wie mit der Bemerkung A. v. Humboldt's übereinstimmte, daß in den Tropen der Regen mehrere Tage vorher durch das Glitzern hochstehender Sterne angekündigt werde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.